

**Instrumentalisierung des Themas
sexueller Missbrauch durch Neonazis**

Analysen und Handlungsempfehlungen

AMADEU ANTONIO STIFTUNG



**FACHSTELLE GENDER UND
RECHTSEXTREMISMUS**

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



Foto auf dem Umschlag:

Aufmarsch der NPD in Schwerin am 25. September 2010: Als Bürgerinitiativen getarnt inszenieren sich Neonazis beim Thema Kindesmissbrauch »bürgernah«. Dabei wird bewusst auf ein Thema gesetzt, das als »Türöffner« zur gesellschaftlichen Aufmerksamkeit beiträgt. Um Prävention oder den Schutz von Kindern geht es ihnen nicht, sondern darum ihre rechtsextreme Ideologie zu verbreiten.

Quelle: Oliver Cruzcampo/ENDSTATION RECHTS

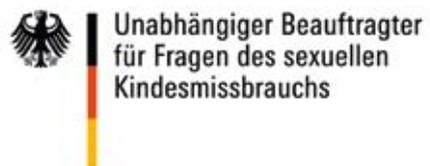
INSTRUMENTALISIERUNG DES THEMAS SEXUELLER MISSBRAUCH DURCH NEONAZIS

**Analysen und
Handlungsempfehlungen
für Zivilgesellschaft und
Betroffenengruppen**

Eine Broschüre der



gefördert von:



Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Gefördert von: Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs
Redaktion: Esther Lehnert/Heike Radvan
Besonderer Dank: Tim Kiefer, Janna Petersen, Timo Reinfrank, Lisa Schönrock
Gestaltung:  Design
Litho/Druck: BildiDruck GmbH
Fotonachweise: Soweit nicht anders angegeben: Amadeu Antonio Stiftung.
Alle Rechte bleiben bei den Autor/innen und Fotograf/innen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
<i>Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs</i>	
1. Einleitung	6
<i>Esther Lehnert/Heike Radvan</i>	
2. Historische Perspektiven	9
<i>Heike Radvan</i>	
3. Die Ideologie der »Volksgemeinschaft« und ihre Anschlussfähigkeiten	15
<i>Esther Lehnert</i>	
4. Analyse: Wie instrumentalisieren Rechtsextreme das Thema sexueller Missbrauch	19
<i>Janna Petersen</i>	
4.1 Strategien im öffentlichen Raum	23
4.2. Online-Strategien	24
4.3 Täterfokus rechter Kampagnen	28
4.4. Sexualisierte Gewalt innerhalb der rechten Szene	30
<i>Esther Lehnert</i>	
5. Fallbeispiele für rechte Kampagnen im öffentlichen Raum und Gegenstrategien	32
5.1. Fallbeispiel Insel, Sachsen-Anhalt	32
<i>Interview mit Anne Mehrer</i>	
5.2. Fallbeispiele aus Schleswig Holstein	36
<i>Nils Raupach</i>	
5.3. Urbaner Raum – Beispiele aus Berlin	39
<i>Juliane Lang/Sabine Hammer/Matthias Müller</i>	
5.4. Fallbeispiel Joachimsthal, Brandenburg	43
<i>Timo Reinfrank/Lisa Schönrock</i>	
6. Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft	46
7. Handlungsempfehlungen für Betroffenenengruppen sexualisierter Gewalt	48
Anhang	55
Das Hilfeportal Sexueller Missbrauch	

Vorwort

Sexueller Missbrauch ist so alt wie die Menschheit und findet auch in Deutschland leider noch immer überall, real und täglich statt, unabhängig von Bildung, Einkommen, Religion, Lebensform oder Wohnort. Kindesmissbrauch betrifft Mädchen und Jungen jeden Alters. Seine Bekämpfung und wirkungsvolle Ächtung ist eine hochkomplexe Aufgabe, die Anstrengungen in allen Bereichen der Gesellschaft verlangt. Wer einfache und absolut wirksame Lösungen gegen Kindesmissbrauch verspricht, hat die Problematik entweder nicht durchdrungen oder verfolgt unter dem Deckmantel des Kinderschutzes Anliegen, die bei genauem Hinsehen rechtsstaatliche Grundsätze unterlaufen. Die vorgelegte Broschüre will die eigentliche Motivation von Rechtsextremen entlarven und ihnen den Deckmantel des Kinderschutzes entziehen. Es besorgt mich sehr, dass Eltern, Betroffeneninitiativen und andere engagierte Menschen, die sich tatsächlich für den Schutz der Mädchen und Jungen gegen sexuelle Gewalt engagieren, unbemerkt von diesen Ideologien vereinnahmt werden können, beziehungsweise angesichts des scheinbar gemeinsamen großen Ziels des Kinderschutzes rechtsstaatlich-demokratische Bedenken beiseite wischen und konstruktive Wege verlassen.



Die Herausforderungen für Mütter und Väter sowie für pädagogische Fachkräfte liegen vor allem im Erziehungsalltag. »Du kannst mit uns über alles reden«, »Nein sagen ist erlaubt«, »Dein Körper gehört dir« – Botschaften wie diese können dazu beitragen, Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch zu schützen. Im Mittelpunkt der Prävention steht die Stärkung der Mädchen und Jungen. Alles was Kindern unnötig Angst macht, ist kein Schutz – Ängste schwächen. Es ist eine der großen Herausforderungen, die berechtigte Empörung über Kindesmissbrauch nicht in Forderungen nach radikalen Lösungen umschlagen zu lassen.

Alle Reaktionen auf sexuellen Missbrauch – aus dem privaten und öffentlichen Umfeld, in der Medienberichterstattung sowie in Form politischer Forderungen oder Maßnahmen – müssen sich daran messen lassen, ob sie den Interessen der Betroffenen Priorität einräumen und dazu beitragen, durch Parteinahme, Mitgefühl und Besonnenheit die seelischen Verletzungen der Betroffenen zu heilen. Für Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Sportvereine oder Kirchengemeinden bedeutet Prävention, den Schutzgedanken in den Strukturen der Einrichtungen konzeptionell zu verankern und hierzu Schutzkonzepte zu erstellen. Eine Arbeit, die

viel Zeit, große Beharrlichkeit und finanzielle Mittel kostet. Mit meiner Kampagne »Kein Raum für Missbrauch« sollen Eltern und Fachkräfte ermutigt werden, dieses mühevoll Engagement der Einrichtungen einzufordern und zu unterstützen. Auch die Erfahrungen mit Vereinnahmungsversuchen der Kampagne und ihrer Symbolik durch Rechtsextreme haben mich veranlasst, mit der Amadeu Antonio Stiftung zu kooperieren und die vorliegende Broschüre in Auftrag zu geben. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass sie von all jenen gelesen und genutzt wird, die zum Schutz vor sexuellem Missbrauch beitragen und dabei wissen wollen, wie man menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Tendenzen eine Absage erteilt. Schutz vor sexuellem Missbrauch hat keinen Raum für Rechtsextreme.

Johannes-Wilhelm Rörig
Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

Einleitung

Esther Lehnert, Heike Radvan

Mit den Enthüllungen an Odenwaldschule, Canisius-Kolleg und anderen Institutionen (kirchlich und staatlich) ist das Thema sexueller Missbrauch seit 2010 vermehrt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Seitdem ist eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über Ursachen und Präventionsstrategien gegen sexuellen Missbrauch im Gange. Diese Entwicklung zeigt sich u. a. in der Einrichtung eines Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch und einer bzw. eines Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). Im Zuge dieser gewünschten Auseinandersetzung gibt es aber auch Entwicklungen, die Anlass zur Sorge geben. So beobachten Fachkreise der Prävention gegen Rechtsextremismus seit ca. fünf Jahren, dass die Frage des Umgangs mit (ehemaligen) Sexualstraftäter/innen kampagnenartig von Neonazis aufgegriffen und besetzt wird. Dass Rechtsextreme sich dem Thema sexueller Missbrauch zuwenden, ist nicht neu.¹ Doch mit der gewachsenen Aufmerksamkeit und mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (2010) und des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung (2011) hat es für rechtsextreme Szenen eine noch größere Relevanz. Rechtsextremen geht es nicht um den Schutz von Kindern oder um eine sachliche Auseinandersetzung und Suche nach angemessenen, rechtsstaatlichen Lösungen. Sie nutzen das Thema, um auf sich aufmerksam zu machen und neue Mitglieder und Stimmen zu werben. Sie erhoffen sich hier für ihre Ideologien einen Weg in die Mitte der Gesellschaft. Dabei knüpfen sie verstärkt an Bürger/innenproteste an (z.B. gegen die Unterbringung von entlassenen Sexualstraftätern) oder initiieren diese selber.

Im Zusammenhang hiermit steht auch die vorliegende Broschüre: Anlass waren Versuche von Neonazis, sich Initiativen und Betroffenengruppen sexuellen Missbrauchs anzuschließen und deren wichtige Arbeit für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Fachstellen gegen sexuellen Missbrauch machten auf das Problem aufmerksam. Einen Versuch, an die Kampagne »Kein Raum für Missbrauch« (www.kein-raum-fuer-missbrauch.de) des Unabhängigen Beauftragten anzuknüpfen, unternahm die NPD-Landtagsfraktion Sachsen im April 2013. Holger Apfel solidarisierte sich in einem Redebeitrag vor dem Landesparlament mit der Kampagne.² Der Unabhängige Beauftragte distanzierte sich eindeutig von dem Versuch der Instrumentalisierung durch Neonazis und bezog Position in einer Stellungnahme gegen Rechtsextremismus.³

1 Nach 1945 greifen rechtsextreme Kampagnen sogenanntes abweichendes Verhalten wiederholt auf. Um 2000 setzen erste Mobilisierungsversuche mit dem Thema »sexueller Missbrauch« ein, für detaillierte Angaben vgl. Kapitel 4.

2 Rede der NPD Fraktion im sächsischen Landtag, einzusehen unter <http://npd-fraktion-sachsen.de/index.php?s=111&aid=6596>, aufgerufen am 22.08.2013.

3 Vgl. Stellungnahme des USBKM, einzusehen unter <http://www.kein-raum-fuer-missbrauch.de/assets/files/000000/UBSKMNein-zu-Rechts.pdf> oder unter www.beauftragter-missbrauch.de, aufgerufen am 22.08.2013.

Der beim Unabhängigen Beauftragten angesiedelte Fachbeirat, in dem Vertreter/innen von Betroffenengruppen, Wissenschaftler/innen und Expert/innen aus der Praxis zusammenarbeiten, diskutierte, wie diese Strategien einzuschätzen sind und wie damit umzugehen ist. Im Verlauf stellte sich heraus, dass es häufig eine Herausforderung für NGOs und Vereine ist, die Strategien der Neonazis zu erkennen und mit ihnen umzugehen. Es wurde deutlich, dass es einen Bedarf an Aufklärung und Beratung hierzu gibt, online und im öffentlichen Raum: Woran erkenne ich, wer sich zum Thema äußert? Wie distanzieren mich von rechtsextremen Kampagnen und was lässt sich dagegen tun? Wie kann ein Verein präventiv gegen eine Instrumentalisierung durch Nazis aktiv werden?

Bei der Beantwortung solcher Fragen half ab Mai 2013 die Fachstelle »Gender und Rechtsextremismus« der Amadeu Antonio Stiftung. Sie unterstützte bei der Analyse der Situation und vermittelte Expertise zum Thema. Zudem wurden Vertreter/innen von Betroffenengruppen bei der Entwicklung eines demokratischen Leitbildes unterstützt – eine der zentralen Antworten auf die Versuche der Instrumentalisierung durch Neonazis. Dabei konnte die Stiftung auch an die Erfahrungen anknüpfen, die sie durch ihre Beratertätigkeit bei der Kirchengemeinde Joachimsthal in Brandenburg im Jahr 2008 sammeln konnte. Damals skandalisierten Neonazis den Zuzug eines ehemaligen Sexualstraftäters und erhielten breite Zustimmung von Bürger/innen. Die auf diese Herausforderung entwickelten Antworten wurden als Handreichung veröffentlicht, die sich an Zivilgesellschaft, Politiker/innen und Medien wendet.



In Joachimsthal (Brandenburg) skandalisieren Neonazis in 2009 den Zuzug eines ehemaligen Sexualstraftäters.
Quelle: Pavel Buchheim



Die Amadeu Antonio Stiftung berät die Kommune Joachimsthal und engagierte demokratische Bürger/innen, wie eine eindeutige Distanzierung von der rechten Kampagne möglich ist (vgl. Kapitel 5.4)

Mit der jetzt vorliegenden Broschüre sollen diese Erfahrungen einem weiteren Kreis zugänglich gemacht werden.

Wir wollen mit dieser Broschüre: Eine Auseinandersetzung anstoßen, vertiefen und versachlichen. Uns geht es darum, dass die Aktivitäten von Neonazis auf diesem Gebiet wahr- und ernst genommen werden. Das heißt, sie auch als das zu bewerten, was sie sind: Als ein Versuch, gegen unsere demokratische Gesellschaft zu arbeiten und demokratische Prinzipien des Miteinanderlebens auszuhöhlen. Wir werden über Rechtsextreme und deren Strategien aufklären und Handwerkszeug für die Fachöffentlichkeit und Betroffeneninitiativen zur Verfügung stellen. Für eine nachhaltige Auseinandersetzung und damit wirkungsvolle Prävention bedarf es eindeutiger Positionierung gegen Rechtsextremismus und die damit einhergehenden Ideologien von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie. Und damit auch der eindeutigen Positionierung für Kinder- und Menschenrechte und Demokratie.

2. Historische Perspektiven

Heike Radvan

Rechtsextreme sprechen in ihren Kampagnen von »Kinderschändern«. Sie transportieren mit dieser Bezeichnung bestimmte Inhalte, die aus Perspektive demokratischer Standards und von Prävention äußerst problematisch sind. Das Wort ist im heutigen Alltagsverständnis nach wie vor weit verbreitet, häufig unhinterfragt. Neonazis können hier sehr erfolgreich anschließen. Ob es sich dabei um ein neues oder ein historisch wiederholt aufgegriffenes Phänomen handelt, ist im Folgenden Thema. Wir beschreiben zusammenfassend den Umgang mit Sexualstraftätern im Nationalsozialismus; für die Zeit nach 1945 fragen wir, wie rechte Gruppierungen auf die gesellschaftliche Liberalisierung von Sexualität reagieren. Diese geschichtlichen Betrachtungen sind äußerst hilfreich, um rechtsextreme Begrifflichkeiten als solche zu identifizieren und heutige Strategien der extremen Rechten zu erkennen. Hierfür ist es außerdem sinnvoll, den Umgang mit Sexualstraftätern im Nationalsozialismus, die Instrumentalisierung der Sexualität sowie die Reaktionen rechter Gruppierungen auf die gesellschaftliche Liberalisierung von Sexualität zu kennen. So lassen sich Kontinuitäten und Brüche im Agieren der Rechtsextremen aufzeigen. Nicht zuletzt zeigt sich, welche Ziele Nazis mit dem Aufgreifen des Themas verfolgen – damals und heute.



Neonazi-Demo in Schwerin 2010. Das Transparent zeugt von einer Missachtung rechtsstaatlicher Standards.
Quelle: Oliver Cruzcampo/ENDSTATION RECHTS

Vom Straftatbestand der »Unzucht« zum »Kinderschänder« im Nationalsozialismus

Im Strafgesetzbuch des 1871 gegründeten Kaiserreiches ist der Tatbestand der »Unzucht an Kindern« aufgeführt.⁴ Mit bis zu 10 Jahren Zuchthaus wurden entsprechende Handlungen bestraft. In der Weimarer Republik setzt sich ein gemäßigter und rechtsstaatlich orientierter Umgang mit Tätern durch. So wird z.B. bei jugendlichen Tätern differenzierter auf den Kontext der Tat geschaut und Fragen der Resozialisierung werden berücksichtigt.

Die Bezeichnung »Kinderschänder« wird in Abgrenzung zu diesem juristischen Verständnis zunächst in den Sexualwissenschaften verwendet und später in der »Rassen- und Sozialbiologie« genutzt, um »abweichendes Verhalten« mit einer »Minderwertigkeit der Erbanlagen« zu erklären. Hier geht es nicht um erlerntes Verhalten oder soziale Einflüsse. Im Vordergrund stehen biologistische, auf die körperliche Ausstattung gerichtete Argumentationen. Diesem Verständnis entsprechend setzt eine militante Kinderschutzbewegung das Wort ein, um »Kinderschänder« als »Untermenschen« zu stigmatisieren. Bereits gegen Ende der Weimarer Republik halten solcherart »rassenhygienische Erklärungen« Einzug in die Justiz. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialist/innen 1933 wird dies offenkundig in einer veränderten Gesetzesauslegung. Das Gesetz wird instrumentalisiert, um die Verfolgung männlicher Homosexueller mit dem Vorwurf der »Knabenschändung« zu forcieren. Demgegenüber werden Täter einer »Mädchenschändung« häufig entlastet. Nicht selten führt eine Opfer-Täter-Umkehr zum Schuldspruch gegen betroffene Mädchen. Mit der Kategorie »moralischer Schwachsinn« werden deren Zwangssterilisation und/oder Jugendlagerhaft begründet. Das Thema wird von den Nationalsozialist/innen auch für antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung eingesetzt: Die Bezeichnung »Mädchenschänder« steht häufig synonym für »Rassenschänder«. Eine Vielzahl bildlicher Darstellungen prägen und verstärken das Stereotyp vom »Juden« als Täter sexueller Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Ebenso werden antisemitische Bilder der »Knabenschändung« verbreitet.

Insgesamt ist der Umgang der Nationalsozialist/innen mit Tätern durch eine drakonische Verschärfung der Rechtsprechung und das Außerkraftsetzen rechtsstaatlicher Prinzipien geprägt. Ab November 1933 werden einschlägig vorbestrafte und als gefährlich eingestufte »Sittlichkeitsverbrecher« mit Kastration bestraft. Rechtsunsicherheit entsteht durch Gesetze, wie z.B. zur »Verhütung erbkranken Nachwuchses«, auf dessen Basis Männer ohne Gerichtsverfahren, aufgrund ärztlicher Anordnung von einem »entarteten Geschlechtstrieb« durch Kastration »befreit« werden. Polizeiliches Handeln ist durch Willkür geprägt, ab 1936 werden Personen, die Polizeibeamte als »gefährliche Verbrecher« einstufen, in Konzentrationslager verbracht; es bedarf auch hier keiner Rechtsprechung. Die körperliche Integrität, der freie Wille

4 Vgl. hier und für das folgende Unterkapitel Brigitte Kerchner: Körperpolitik. Die Konstruktion des »Kinderschänders« in der Zwischenkriegszeit. In: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005, S. 241-278.

und die Würde der Person werden missachtet. Dabei können rechtsstaatliche Prinzipien beim Umgang mit sogenannten »Kinderschändern« ohne nennenswerte Einwände außer Kraft gesetzt werden, lediglich in juristischen Diskursen gibt es einige wenige Gegenargumente. Innerhalb des Konstrukts »Volksgemeinschaft« gilt der »Kinderschänder« als innerer Feind. Das Ziel, die Gemeinschaft zu homogenisieren, wird durch das Ausgrenzen und Vernichten all derjenigen verfolgt, die als »ungeartet« und nicht dazugehörig gelten. Einem Ausschluss der »Kinderschänder« kommt hierbei eine besondere Funktion zu: Sie werden als »minderwertig« und »asozial« stigmatisiert. Neben einer expliziten Strafverfolgung werden willkürlich Personen diffamiert, die als »rassisch unerwünscht«, »asozial«, »unheilbar«, »undeutsch«, »schwach«, »missraten« und »unverbesserlich« gelten. Mit solcherart Täterbeschreibung entsteht ein Raster, auf das die ab 1939 beginnenden »Euthanasie«-Kampagnen aufbauen.

Rassenschande

Der dem Jahre 1933 über Julius Streicher die Öffentlichkeit über die Rassenhiebe auf. Im Jahre 1935 hat der Führer die Rassenhiebe zum historischen Verbrechen erklärt und mit Nachdruck bestrafen. Derselben werden in Deutschland während der Rassenhiebe durch Juden bezeugt.

Was ist Rassenschande?
Warum rief der Führer die Rassenhiebe erklärt?
Warum hat die Juden die Rassenhiebe an der höchsten Form pöbelhaft und unehrenhaft?
Was hat die Juden die Rassenhiebe für die deutsche Frau und das deutsche Mädchen?
Was hat die Juden die Rassenhiebe für das deutsche Volk?

Die neue
Stürmer Sondernummer

Todesstrafe für Rassenschänder

Es ist kein Zweifel über die große Verbrechen der Juden.
Frauen und Männer! Seid Euch Aufführung!
 Euch hat und anders unehrenhaft werden. Euch eine Ehrenstrafe und den Tod für die Rassenhiebe und der Rassenhiebe.

Kämpft mit Julius Streicher gegen den bösen Rassenhiebeverbreiter!
 Ihr Kampf führt die große Ehre für das deutsche Volk und für die deutsche Rassenhiebe!

Der Stürmer
 Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit
 HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 14
 Nürnberg, 7. April 1942
 20. Jahr 1942

Tod dem Rassenschänder!

Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht

Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht.

Sieg - Frieden

Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht.

Rassenschänder Nagelbepce

Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht.

Tus dem Inhalt

Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht. Ein Prozeß vor dem Nürnberger Sondergericht.

Die Juden sind unser Unglück!

Das Thema sexuelle Gewalt wurde von den Nationalsozialist/innen häufig für antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung instrumentalisiert. Die antisemitische Zeitschrift »Der Stürmer« sah in der Hetze gegen »jüdische Rasseschänder« eine ihrer zentralen Aufgaben.

Quelle Bild links: Deutsches Historisches Museum, Berlin/A.Psille

Instrumentalisierung von Sexualität im Nationalsozialismus

Im Nationalsozialismus wird Sexualität im weitesten Sinne für die Umsetzung der Ideologie einer »arischen Rasse« instrumentalisiert. Die Züchtung »arischer Männer und Frauen« steht im Vordergrund, Sexualität wird von Gefühl, individuellem Glücksanspruch und Selbstbestimmung abgekoppelt. Jegliche Vorstellung von Intimität und Individualität steht einer Bindung an das »Volk« entgegen. Die »Volksgemeinschaft« legitimiert die Ausgrenzung und Vernichtung derjenigen Personen, die als nicht dazugehörig erklärt werden. Sexualität wird neben anderen Kategorien hierfür benutzt. Antisemitische und antizigane Stereotype sind in hohem Maße vergeschlechtlicht und mit sexualisierten Bildern aufgeladen. Die Zwangssterilisation und Vernichtung von Menschen mit körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen und Personen, die als »asozial« und »minderwertig« gelten, die Verfolgung Homo- und Transsexueller, Zwangsprostitution und menschenvernichtende Experimente in Konzentrations- und Vernichtungslagern sind in diesem Zusammenhang zu betrachten.

Liberalisierung von Sexualität nach 1945 – Reaktionen der extremen Rechten

Auch nach 1945 greifen rechte Gruppierungen Themen im Kontext von Sexualität auf, Kindesmissbrauch spielt zunächst keine herausragende Rolle.⁵ Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die im weitesten Sinne als Liberalisierung von Sexualität gelten können, werden Zielscheibe rechtsextremer Aktionen. So wird die erste Erotikmesse 1970 in Westdeutschland beschmiert, ein Sexshop mit Buttersäure attackiert und Werbung für den erfolgreichen Kinofilm »Schulmädchenreport« zerstört. Der durch seine Filme zur Sexaufklärung bekannt gewordene Journalist und Autor Oswald Kolle wird juristisch unter Druck gesetzt. In den 1980ern wenden sich Rechtsextreme den Themen Aids und Homosexualität zu. Sie nutzen die weit verbreitete Angst vor dem Virus, um Kampagnen gegen Zuwanderung aus afrikanischen Staaten zu führen und rassistische Ressentiments zu stärken.

Dass rechte Gruppierungen im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte sehr verschieden über sogenanntes »abweichendes Verhalten« im Kontext von Sexualität sprechen, steht auch im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen: So konnte man bis in die 1970er Jahre mit vielstimmiger Empörung rechnen, wenn man einen offeneren Umgang mit Sexualität vertrat. Beispielsweise wird 1972 die Jugendzeitschrift Bravo auf den Index gesetzt, da Dr. Sommer unter dem Thema Aufklärung verkündet, dass Masturbation weder zu Homosexualität noch Krankheit noch Unfruchtbarkeit führe. Spätestens in den 1990er Jahren lässt sich mit dermaßen restriktiven Moralvorstellungen jedoch keine breite Aufmerksamkeit und Zustimmung mehr gewinnen. Das jedoch ist es, was Nazis mit ihren Kampagnen und der Besetzung von Themen versuchen. So auch beim Thema »sexueller Missbrauch«.

5 Vgl. hier und im Folgenden Fabian Virchow: Deviant sexuality and power in far right narrative and political action, unveröffentlichtes Manuskript.

Was lässt sich hieraus für heute lernen?

Es ist in keiner Weise neu, dass sich Rechtsextreme Themen zuwenden, die im Zusammenhang mit Sexualität stehen. Auch sexueller Missbrauch wird nicht erst in den letzten 20 Jahren von ihnen aufgegriffen, vielmehr handelt es sich um ein Querschnittsthema. Der extremen Rechten geht es in Geschichte und Gegenwart darum, die Wut von Bürger/innen gegen »das Andere« zu nutzen. Es geht nicht um den Schutz potentiell Betroffener, es geht darum, die eigene Ideologie und »Volksgemeinschaft« zu stärken sowie die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft zu setzen.

Im Nachgang der zweiten Frauenbewegung und gesellschaftlicher Kämpfe um Veränderung ist das Thema »sexueller Missbrauch« heute ein Stück weniger tabuisiert, dessen Ächtung ist weitgehend Konsens. Es ist möglich – wenn auch nach wie vor nicht einfach – im öffentlichen Raum hierüber zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Diese Diskussionskultur, aber auch die Priorität des Opferschutzes zeichnet die Demokratie aus. Nicht zuletzt geht es hierbei auch um eine Sensibilität gegenüber Sprache. In den öffentlichen, demokratisch geführten Debatten setzt sich der Fachbegriff »sexueller Missbrauch« ab den 1980er Jahren zunehmend durch und sorgt für eine gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit gegenüber der Verbreitung und den Folgen für die Betroffenen.

»Was ist sexueller Missbrauch?«

Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ist jede sexuelle Handlung, die an oder vor einem Kind oder einer/einem Jugendlichen vorgenommen wird. Der Täter oder die Täterin nutzt seine beziehungsweise ihre Macht- und Autoritätsposition aus, um eigene Bedürfnisse auf Kosten des Mädchens oder des Jungen zu befriedigen.

Missbrauch liegt auch vor, wenn Mädchen oder Jungen die sexuelle Handlung nicht ausdrücklich ablehnen. Denn aufgrund des Machtgefälles können sie einer solchen Handlung nicht verantwortlich zustimmen und sind somit immer unterlegen. Dies ist eine wichtige Klarstellung, weil eine bekannte Argumentation von Tätern und Täterinnen lautet, dass das Kind selbst es wollte.

Weitere Informationen: www.kein-raum-fuer-missbrauch.de/informationen

Was ist problematisch an der Bezeichnung Kinderschänder?

Die Bezeichnung »Kinderschänder« ist fachlich ungeeignet, sie suggeriert, Kinder seien durch die Tat »geschändet«. Eine Verarbeitung des Geschehenen erscheint damit unmöglich. Vielmehr wird das Tabu verstärkt, über die erlittenen Taten zu sprechen, wodurch der Aufarbeitungs- und Heilungsprozess behindert wird. Auch hier zeigt sich: Rechtsextreme haben nicht die Betroffenen oder die Verarbeitung der Taten im Blick. Indem Täter als das absolut »Andere« ausgegrenzt werden, gilt die »Volksgemeinschaft« als »sauber«. Dass es sich jedoch um ein weit verbreitetes Phänomen und in den meisten Fällen gar nicht um Fremde handelt, gerät somit aus dem Blick. Mit der Bezeichnung »Kinderschänder« zeigt sich, welche menschenverachtende Implikationen die extreme Rechte transportiert.

»Wer sind die Täter/innen?«

Sexueller Missbrauch findet vor allem im sozialen Nahfeld der Kinder und Jugendlichen statt. Dazu gehören der Freundes- und Bekanntenkreis der Familie, die Nachbarschaft und Verwandtschaft sowie die Familie selbst. Das bedeutet, dass sich in den meisten Fällen der Täter bzw. die Täterin und das betroffene Mädchen bzw. der betroffene Junge kennen. In vielen Fällen besteht ein Vertrauensverhältnis zwischen beiden, in manchen Fällen ist das Kind oder die bzw. der Jugendliche dem Erwachsenen innig verbunden.

Weitere Informationen: www.kein-raum-fuer-missbrauch.de/informationen



Simple Antworten gesucht: Neonazis geht es beim Thema sexuelle Gewalt nicht um den Schutz von (potentiell) Betroffenen, sondern um die Propagierung einer vermeintlich »sauberen Volksgemeinschaft« die durch »das Andere« von außen bedroht wird. Hier auf dem »Eichsfeld-Heimattag« in Leinefelde (Thüringen), Mai 2013.

Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck

3. Die Ideologie der »Volksgemeinschaft« und ihre Anschlussfähigkeiten

Esther Lehnert

Im Folgenden gehen wir den Fragen nach, warum Neonazis sich heute des Themas sexueller Missbrauch »annehmen«, wieso das überhaupt möglich ist und inwieweit ihr »Erfolg« durch sogenannte Anschlussfähigkeiten bestimmt wird.

Was verstehen wir unter Anschlussfähigkeiten?

Nazis kommen nicht von und leben nicht auf einem anderen Stern. Ihr Denken, ihre Ideologie reicht bis weit in die sogenannte »Mitte« der Gesellschaft. Das heißt, dass z.B. rassistische, sexistische oder antisemitische Positionen von vielen »normalen«, demokratischen Menschen geteilt werden. Hier schließen Rechtsextreme an. Dass ihnen dies gelingt, macht rechtsextreme Ideologie so gefährlich!

Woran können Neonazis anschließen und warum? Unserer Analyse nach kommt hier die Konstruktion der rechtsextremen »Volksgemeinschaft« ins Spiel.



Das Modell der »Volksgemeinschaft« stellt die Basis rechtsextremer Weltbilder dar. Einige zentrale Vorstellungen dieses antidemokratischen Konzepts finden sich aber auch in der Mehrheitsgesellschaft wieder – etwa wenn es um »natürliche« Rollen von Männern und Frauen geht.
Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck



Beim Thema sexueller Missbrauch inszenieren sich rechtsextreme Mütter oft als die »wahren« oder »natürlichen« Frauen, die sich im Gegensatz zur Mehrheitsgesellschaft für das Wohl ihrer Kinder interessieren. Die leeren Buggies symbolisieren hier den »Volkstod«.

Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck

Was ist »Volksgemeinschaft«?

»Volksgemeinschaft« ist eine Vorstellung, ein ideologisches Konstrukt, das bestimmte Funktionen für Nazis hat. Da es nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat, setzen wir das Wort in Anführungszeichen. »Volksgemeinschaft« ist die Basis des modernen Rechtsextremismus und seiner Lebenswelten. Mitglieder dieser »Gemeinschaft« sind – im Gegensatz zur demokratischen »Gesellschaft« – schicksalhaft miteinander verbunden. Die Zugehörigkeit ist nicht frei wählbar und längst nicht für alle Menschen möglich. Lediglich »gesunde«, »deutsche« Menschen gehören dazu. »Deutschsein« wird über das Blut, nicht über den Pass oder den aktuellen Wohnort bestimmt. Die »Volksgemeinschaft« verweist auf eine beschworene und verklarte Vergangenheit und eine ebenso imaginierte Zukunft. Der moderne Rechtsextremismus funktioniert, da sich Männer und Frauen aktiv daran beteiligen. Vergleichbar mit der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« gibt es auch heute eine starre Aufteilung und Arbeitsteilung in männliche und weibliche Bereiche. Frau-Sein und Mann-Sein wird hier nicht erlernt, es ist aufgrund des Körpers vorbestimmt und mit unterschiedlichen Positionen in der Gesellschaft verbunden. Jenseits einer wahrnehmbaren Modernisierung der Bedeutung von Frauen im heutigen Rechtsextremismus⁶ ist deren vorgesehene Rolle ab einem bestimmten Alter nach wie vor die Mutterrolle. Für Männer ist es die Rolle des politischen Soldaten.

⁶ So gibt es die gewaltbereite »Autonome Nationalistin«, die sich in vorderster »Front« auch am Straßenkampf beteiligt neben der bürgerlich daherkommenden, ehrenamtlich tätigen rechtsextremen Mutter oder der politisch aktiven NPD-Funktionärin.



»Volksgemeinschaft« bedeutet auch, dass »Deutsch-sein« über das Blut und nicht über Wohnort oder Pass bestimmt wird. Folgerichtig stellt der demografische Wandel für Neonazis ein enormes Problem dar, dem hier wohl mit dem Appell zur Fortpflanzung begegnet werden soll.
Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck

Für den Fortbestand der »Volksgemeinschaft« ist es notwendig, dass dieses starre, für die Bildung einer »weiblichen« und »männlichen« Identität notwendige Modell nicht in Frage gestellt wird. Anders ausgedrückt: Wenn Männer und Frauen darin nicht mehr ihren »Pflichten« nachkommen – Frauen beispielsweise keine Kinder mehr bekommen und Männer nicht mehr die Rolle des politischen Soldaten einnehmen und die »Volksgemeinschaft« schützen – droht die gesamte Ideologie wie ein Kartenhaus einzustürzen. Insbesondere in dem rigiden Festhalten an einer ausschließlichen Zweigeschlechtlichkeit und »natürlichen« Annahmen darüber, wie Frauen und Männer zu sein haben, finden sich vielfältige Anschlussfähigkeiten. Viele Alltagsvorstellungen über Männer und Frauen sind geprägt von scheinbar natürlichen Annahmen.⁷

Rechtsextreme Frauen – insbesondere rechtsextreme Mütter – haben das Thema sexueller Missbrauch als ein besonders attraktives Betätigungsfeld entdeckt. Hier haben sie die Möglichkeit, sich als »wahre«, »natürliche« Frauen zu inszenieren; sie sorgen sich, kümmern sich, leiden mit, es geht um »ihre« Kinder. Aus Gründen der »doppelten Unsichtbarkeit« können sie unerkant für die Ideologie der rechtsextremen »Volksgemeinschaft« werben und diese normalisieren. Doppelte Unsichtbarkeit heißt, dass Frauen häufig kein eigener politischer Standpunkt zugetraut wird und sie zudem weniger als Rechtsextreme erkannt werden. So bleibt auch das Engagement rechtsextremer Frauen zu sexuellem Missbrauch häufig unsichtbar: Ihre

⁷ Dieser Prozess kann als Naturalisierung von Unterschieden beschrieben werden, deren Funktion sich wiederum darin erfüllt, als »naturgegeben« daher zu kommen.

Tätigkeiten werden oft nicht als politische, rechtsextreme wahrgenommen. Auf diese Weise ist es leicht möglich, dass sich rechtsextrêmes Gedankengut »normalisiert« und beispielsweise die Forderung nach Todesstrafe von vielen vertreten, somit allmählich salonfähig wird.

Nazis geht es nicht um Kinderschutz

Es geht Rechtsextremen nicht um Kinderschutz und auch nicht um die Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch. Es geht ihnen um den »Schutz« ihrer »Volksgemeinschaft« und um eine Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie. Das Thema sexueller Missbrauch ist letztlich für sie austauschbar mit anderen Themen, mit denen leicht Propaganda zu machen ist, wie z.B. Zuwanderung, Gendermainstreaming, Feindschaft gegen die USA oder Israel.

Es gibt viele Belege dafür, dass es Nazis nur darum geht, »ihre« Interessen durchzusetzen. Der Landesvorsitzende der NPD Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs spricht es auf einem rechtsextremen Aufmarsch in Stendal im September 2012 aus: *»(...) dieser Staat (kämpft) auf allen erdenklichen Ebenen (...), eben auch auf der Ebene des ungeahndeten sexuellen Mißbrauchs an Frauen und Kindern, um so das Volk kaputt zu machen.«*⁸ Opfer von Missbrauch werden hier nur Frauen und Kinder. In der rechten Ideologie werden soldatische, kämpferische Männer zu keiner Zeit Opfer. Erst recht nicht Opfer sexueller Gewalt. Überträgt man diesen Gedanken auf Jungen, die von sexuellem Missbrauch betroffen waren oder sind, so zeigt sich, dass ihr Selbstbild als Mann mindestens einen Knacks bekommen hat, wenn nicht gar verunmöglicht worden ist. Auch an dieser Stelle zeigt sich, wie wenig es den Nazis um Verarbeitung oder Prävention geht.

Auf derselben Veranstaltung bringt Sigrid Schüssler, Vorsitzende des Ring Nationaler Frauen (RNF, Frauenorganisation der NPD), auf den Punkt, worum es den Nazis geht bzw. wovon sie sich abgrenzen wollen: *»Wir leben in einer Zeit, in der es schon unnormal ist, nicht schwul oder pervers zu sein.«*⁹ Homosexualität wird in einer Abfolge mit »Perversion« genannt. Wenn auch unausgesprochen, wird so eine Verbindung zu anderen »Perversionen« wie z.B. Missbrauch ermöglicht. Dem wird das Bild der rechtsextremen »Volksgemeinschaft« und ihrer intakten Familien gegenübergestellt.



Neonazi-Demo in Wismar, Oktober 2012: Durch den Bezug auf die »Volksgemeinschaft« wird schnell deutlich, dass hier Rechtsextreme demonstrieren.

*Quelle:
Antifaschistische Koordination Lübeck*

⁸ Vgl. Deutsche Stimme vom 2.10.2012, einzusehen unter: www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de/index.php/meldungen/220-ihre-seid-unsre-hoffnung, aufgerufen am 22.08.2013..

⁹ Vgl. ebd.

4. Analyse: Wie instrumentalisieren Rechtsextreme das Thema sexueller Missbrauch?

Janna Petersen

Im Folgenden wird es darum gehen, *wie* und *warum* Rechtsextreme heute über das Thema reden. Welche Strategien verfolgen sie im öffentlichen Raum und im Internet? Woran ist zu erkennen, dass eine Kampagne oder eine Homepage von Rechtsextremen geführt wird?

Seit wann beziehen sich Rechtsextreme auf das Thema?

Das Thema Kindesmissbrauch ist bereits seit längerem ein wichtiges Mobilisierungsinstrument in der rechtsextremen Szene. Bereits 1997 laden Neonazis getarnt als »Jugendgemeinschaft Rendsburg-Eckernförde« zu einer Tagung mit dem Titel »Weg mit dem Dreck – aus dem Internet« ein. Es sollte um Online-Kinderpornographie gehen. Viele Gäste, darunter auch Politiker/innen demokratischer Parteien, merken erst vor Ort, wem sie auf dem Leim gegangen sind, als der NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz die Begrüßungsrede hält.¹⁰ 2001 wird die Szene-Aktion »Nationalisten gegen Kinderschänder« (NgK) gegründet, die von zahlreichen Bands, Fanzines, Versänden, Homepages und Einzelpersonen aus dem neonazistischen Spektrum unterstützt wird.¹¹ Seitdem häufen sich rechtsextreme Kampagnen, die das Thema sexueller Missbrauch online und im öffentlichen Raum instrumentalisieren.

Die Bedeutung des Themas in der Szene zeigt sich auch durch dessen Präsenz in Musik und Merchandising. Grob geschätzt behandelt jede dritte Rechtsrockveröffentlichung die Thematik.¹² Die wohl bekannteste stammt von der Liedermacherin Annett Müller: Das Lied »Wir hassen Kinderschänder« hat fast 2 Millionen Klicks auf Youtube.



Neonazi Demo in Berlin im Februar 2009: Merchandise-Artikel zum Thema sind in der rechtsextremen Szene beliebt.

10 Die Informationen sind der Analyse von Nils Raupach entnommen, vgl. die ausführliche Version seines Textes aus Kapitel 5.2 unter www.gender-und-rechtsextremismus.de.

11 Vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: »Rechtsrock-Thema Kinderschändung«, einzusehen unter www.politische-bildung-brandenburg.de/node/7012, aufgerufen am 22.08.2013.

12 Vgl. Ebd.

Warum beziehen sich Neonazis auf das Thema?

Wie bei anderen populären Themen auch, versuchen Neonazis die öffentliche Aufmerksamkeit und Ängste der Bevölkerung für ihre Kampagnen zu nutzen: Sie gehen auf Stimmenfang, indem sie ihre Ideologie und autoritäre Vorstellungen von Strafe propagieren. Um Prävention oder den Schutz von Kindern geht es ihnen nicht. Ebenso wenig geht es ihnen darum, angemessene und rechtsstaatliche Antworten auf den Umgang mit Täter/innen zu geben. Das Aufgreifen des Themas sexueller Missbrauch ist vielmehr Teil der »Normalisierungsstrategie« des modernen Rechtsextremismus: Themenfelder, die von der Politik vernachlässigt scheinen, werden strategisch genutzt, um sich selbst als sympathische und tatkräftige politische Alternative zu präsentieren.



Die NPD versucht mit dem Thema Wahlkampf zu machen und fordert einen Volksentscheid zur Wiedereinführung der »Todesstrafe für Kindermörder«.

Quelle: Screenshot Facebook

In der folgenden Analyse werden Strategien im öffentlichen Raum und im Internet beleuchtet und die Frage gestellt, an welchen Stellen Zivilgesellschaft der Propaganda »aufsitzt« und eine Distanzierung ausbleibt. Insofern versucht die Analyse bereits Antworten auf Fragen in der Praxis zu geben.

Normalisierung – Aufgreifen populärer Themen und Zustimmung gewinnen

Im Rahmen der »Normalisierungsstrategie« inszenieren sich Rechtsextreme beim Thema Kindesmissbrauch »bürgerlich«. Sie treten als »Kümmerer« oder »sorgende Mütter« auf und versuchen auf diese Weise Zustimmung von Personen zu erhalten, die sich nicht als rechtsextrem verstehen. Diejenigen, die sich gegen die Instrumentalisierung zur Wehr setzen, werden häufig vorgeführt: Wer nicht gemeinsam mit ihnen gegen Sexualstraftäter vorgehe, stelle sich schützend vor diese.¹³

Ein weiterer Teil der Normalisierungsstrategie: Neonazis greifen auf Materialien

¹³ Im Kreistag Ludwigslust Parchim erstellte 2011 ein NPD Abgeordneter ein Flugblatt gegen eine Politikerin der LINKEN, nachdem diese einen NPD Antrag zu einem zugezogenen ehemaligen Sexualstraftäter abgelehnt hatte. Das Flugblatt behauptete, die Politikerin stelle sich schützend vor den Sexualstraftäter. Die Betroffene klagte vor Gericht wegen Verleumdung und bekam Recht; einzusehen unter http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=7356:unbelehrbar-mpd-abgeordneter-andreas-thei%C3%9Fen-wegen-verleumdung-verurteilt&Itemid=428 aufgerufen, am 22.08.2013.



Neonazi-Demo in Stendal, September 2012: »Wir wollen leben« – nicht immer ist rechtsextreme Propaganda auf den ersten Blick zu erkennen.

Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck

und Symbole von rechtsstaatlichen Organisationen und Vereinen zu oder verlinken auf deren Internetpräsenz. Damit erscheinen ihre Kampagnen harmloser und werden anschlussfähiger. Wer sich hier nicht konsequent gegen vermeintliche »Unterstützung« Rechtsextremer abgrenzt, läuft Gefahr deren menschenverachtende Ideologie zu unterstützen.

Populismus: Scheinbar einfache Lösungen werden angeboten

Populismus und damit Vereinfachung ist Kern rechtsextremer Politik. Die Antwort der Rechtsextremen besteht in der Rache an Tätern und der Forderung nach Todesstrafe. Dazu werden Horrorszenarien entworfen, in denen Rechtsextreme behaupten, sexueller Missbrauch würde ständig zunehmen. Es geht dabei nicht um die Auseinandersetzung mit komplizierten Fragen, wie nach einer rechtsstaatlichen Intervention, dem Umgang mit der Missbrauchserfahrung oder der Prävention.

Externalisierung – Täter sind immer »die Anderen«

Neonazistische Kampagnen skandalisieren Fälle, in denen die Täter nicht aus dem sozialen Nahraum des Opfers kommen. Kindesmissbrauch in der Familie oder dem nahem Umfeld wird von Neonazis in öffentlichen Kampagnen nicht aufgegriffen.¹⁴ Das verzerrt die Realität: Täter/innen kommen häufig aus dem Nahraum und auch

¹⁴ In Liedtexten rechter Bands ist der Verweis auf sexuellen Missbrauch im sozialen Umfeld der Betroffenen teilweise zu finden. Generell geht es neonazistischen Kampagnen um Stimmenfang und Meinungsmache. Dies lässt sich mit der Skandalisierung »fremder Täter« einfacher erreichen.

in Nazi-Familien werden Kinder Opfer sexualisierter Gewalt, wie Aussteiger/innen berichten. Doch die Fokussierung auf Täter, die von außen kommen, hat eine Funktion: Sie sollen als die absolut »Anderen« gelten, die mit der eigenen, »sauberen Gemeinschaft« nichts zu tun haben. Der Verweis auf das Außen lenkt von einer tatsächlichen Auseinandersetzung ab. Mit der Realität hat das wenig zu tun.

Darstellung des Themas – Gewaltverherrlichung und Emotionalisierung

Auffällig ist das Maß an Pathos und Gewaltverherrlichung in rechtsextremen Darstellungen zum Thema Missbrauch. Bilder über Täter sind von Rachedgedanken geprägt und es wird zur Selbstjustiz aufgerufen. Es finden sich drastisch inszenierte Horror- und Gewaltszenarien, die Angst und Schrecken hervorrufen sollen. Auch Voyeurismus wird bedient, wenn blutige Rachephantasien bebildert werden.

Rechtsextreme Kampagnen sind bei der Darstellung Betroffener nicht weniger drastisch. Abgebildet werden Kinder mit unmittelbaren Verletzungen von körperlicher Gewalt und sexuellem Missbrauch. Häufig werden Kinder in einer Opferposition dargestellt und deren permanente Schutzbedürftigkeit suggeriert – etwa wenn diese mit großen Augen und verängstigt abgebildet sind. Auch sexualisierte Darstellungen von Kindern sind auf rechtsextremen Darstellungen zu finden – sie sollen Aufmerksamkeit erregen und skandalisieren. Das ist gefährlich: Solche Darstellungen können zu Retraumatisierung von Betroffenen führen, sie verlassen in jeder Hinsicht fachliche Standards.

Als zusätzliches Mittel der Darstellung werden Bilder von »unschuldigen«, »reinen« Kindern benutzt, in der Regel blond und blauäugig. Es geht den Nazis an keiner Stelle um *alle* Kinder, geschützt werden sollen nur diejenigen, die als »deutsch« gelten.

Die drastische Schilderung von Gewalttaten, sowohl an Kindern als auch Rachephantasien an Tätern, finden sich sehr häufig in Liedtexten neonazistischer Bands und in Youtube-Videos. Die rechtsextreme Liedermacherin Annett Müller singt »Wir hassen Kinderschänder, und sie kriegen dich auch. Nur Gnade erwarte dann nicht«¹⁵, die Rechtsrock Band Nordfront wird noch deutlicher: »Nur Euer Tod kann Kinder schützen!«¹⁶.



Rechtsextreme Kampagnen wollen emotionalisieren und zeigen Kinder in Opferpositionen.
Quelle: Screenshot Facebook

15 http://www.youtube.com/watch?v=Idu3kB8_r90, aufgerufen am 22.08.2013.

16 <http://www.youtube.com/watch?v=2N5o5HPs2eY>, aufgerufen am 22.08.2013 .

4.1 Strategien im öffentlichen Raum

Neonazistische Kampagnen gegen Sexualstraftäter im öffentlichen Raum verlaufen oft nach ähnlichen Mustern. Medien berichten über einen Fall von Kindesmissbrauch oder den Zuzug eines entlassenen Sexualstraftäters. Die Empörung unter den Anwohner/innen ist groß – Neonazis versuchen dies für ihre Kampagnen zu instrumentalisieren. In einigen Fällen setzen sie sich an die Spitze bereits bestehender Proteste von Bürger/innen. In anderen Fällen stoßen sie die Proteste selber an: Häufig beginnen rechtsextreme Aktivitäten mit Parolen an Häuserwänden oder Flugblättern gegen ansässige ehemalige Sexualstraftäter. Es finden Mahnwachen oder groß angelegte Demonstrationen statt – nicht selten geht die Szene auch mit physischer Gewalt gegen Sexualstraftäter vor. Es existieren Berichte über Neonazis, die Häuser ehemaliger Sexualstraftäter belagerten oder sogar versuchten zu stürmen – in einigen Fällen gemeinsam mit Anwohner/innen, die sich dem rassistischen Mob anschlossen.

Gut getarnt propagieren

Eine neuere Strategie der Neonazis ist es, rechtes Gedankengut in den Kampagnen gegen Sexualstraftäter nicht explizit zu nennen. Nazis geben sich als besorgte Eltern aus oder melden Demonstrationen als Privatpersonen an. So geschehen beispielsweise 2012 in Leck (Schleswig-Holstein), wo der im Internet angeschobene Protest nach Außen zunächst als bürgerlich getarnt war. Auf der Demo traten dann aber bekannte Neonazis auf und es kursierten NPD-Flugblätter (vgl. Kapitel 5.2).¹⁷

Frauen spielen bei den öffentlichen Aktionen eine wesentliche Rolle. In den Kampagnen sind sie häufig in den ersten Reihen zu finden, sprechen als »besorgte Mütter« und stellen ihre Kinder hinter die Transparente. Diese Strategie verfolgt auch die NPD-Funktionärin Ricarda Riefling, als sie auf der Mahnwache gegen Kindesmissbrauch in Sinsheim im März 2013 einen Redebeitrag hält. Dort betont sie, sie stehe *»hier heute nicht als NPD-Parteivorstandsmitglied [...] ich möchte hier heute reden als Mutter und ich denke, ich kann hier für jede Mutter und für jeden Vater sprechen«*¹⁸. Das Engagement von Frauen ist durchaus strategisch: Neonazis wollen möglichst ungefährlich, bürgerlich wirken, um unerkannt ihre rechtsextreme Ideologie zu verbreiten. Das gelingt auch häufig, da Frauen nach wie vor häufiger als friedliebend gesehen werden – auch wenn es Neonazi-Frauen sind.

Herausforderungen für die Lokalpolitik

Rechtsextreme inszenieren sich vor Ort als »Kümmerer« und »Macher« und grenzen sich von der lokalen Politik ab. Demokratische Politiker/innen sind oft überfordert, wenn sich Bürger/innen um die Sicherheit ihrer Kinder besorgt zeigen. Die Frage nach dem »richtigen« Umgang mit entlassenen ehemaligen Sexualstraftäter/innen ist keine einfache und braucht Zeit. Diesen Umstand nutzen Neonazis, wenn sie sich schnell zum Sprachrohr ernennen. Sie werfen der Polizei und dem Rechtssystem

17 <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/jahresueckblick-2012-schleswig-holstein>, aufgerufen am 22.08.2013.

18 <http://www.youtube.com/watch?v=nfrs1eAD7Ws>, aufgerufen am 22.08.2013.



Stendal, September 2009: Neonazis und Bürger/innen demonstrieren gemeinsam gegen anässige Sexualstraftäter. Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck

vor, untätig gegen Sexualstraftäter zu bleiben und spielen sich vor Ort als moralische Instanz und Ordnungsmacht auf, indem sie »Bürgerwehren« fordern oder »Bürgertelefone« für Informationen über bekannte Sexualstraftäter einrichten wollen.¹⁹

Wenig hilfreich ist es, wenn die kommunale Politik die Stimmung weiter anheizt. Politiker/innen spielen – auch ungewollt – den Rechtsextremen in die Hände, wenn sie sich für den Wegzug von entlassenen Sexualstraftätern aussprechen oder öffentlich vor diesen warnen.

4.2. Online-Strategien

Wie nutzen Rechtsextreme das Internet und soziale Netzwerke?

Das Internet und dort insbesondere Soziale Medien sind für Rechtsextreme schon lange ein erfolgreicher Aktionsraum – hier erhalten sie schnell Zustimmung und die Ansprache jüngerer Menschen fällt leicht. Gerade mit dem Thema »Kindesmissbrauch« versuchen sie online Aufmerksamkeit zu erringen. Gezielt werden nicht-rechte Bürger/innen angesprochen – mit Fotos, Musik und virtuellen Veranstaltungen wird in Sozialen Netzwerken Stimmung gegen Sexualstraftäter gemacht. Dabei erzielen rechte Online-Kampagnen häufig sehr schnell sehr hohe Zustimmungswerte. Die Facebook-Seite »Keine Gnade für Kinderschänder« hatte zuletzt 77.000 Fans und war damit eine der erfolgreichsten rechtsextremen Kampagnen im Netz. Nach Meldungen von User/innen bei Facebook wurde sie 2011 gelöscht.

¹⁹ Vgl. Publikative.org »Uecker-Randow: NPD-Hotline zur Menschenjagd«, einzusehen unter <http://npd-blog.info/2010/08/11/npd-hotline-zur-menschenjagd>, aufgerufen am 22.08.2013.

Wie erkenne ich den rechtsextremen Hintergrund einer vermeintlichen Kinderschutz-Seite?

- Rechtsextreme sprechen häufig von »Opfern« und deren Hilflosigkeit. Es geht Nazis nicht um »Betroffene« und eine Verarbeitung des erfahrenen Missbrauchs.
- Rechtsextreme Seiten legen ihren Fokus auf die Bestrafung von Tätern. Oft werden »Auge um Auge, Zahn um Zahn« Metaphern benutzt und Selbstjustiz befürwortet.
- Drastische Wortwahl – Vorsicht, wenn von »Kinderschändern« die Rede ist!
- Bilder, die emotionalisieren oder Gewalt verherrlichen, können anzeigen, wer hinter der Darstellung steht.

Auch online gut getarnt

Nicht jede Aktivität im Internet ist sofort als rechtsextreme Propaganda zu enttarnen. Auch online versuchen Rechtsextreme zunehmend, nicht sofort als solche erkannt zu werden. Rechtsextreme lernen aus den Reaktionen der demokratischen Zivilgesellschaft: Seiten mit deutlich erkennbarem rechtsextremem Titel erhalten weniger Zustimmung. So verändern sich im Laufe der Zeit die Titel ihrer Kampagnenseiten: Von »Todesstrafe für Kinderschänder« zu »Keine Gnade für Kinderschänder« zur Seite »Deutschland gegen Kindesmissbrauch«. Gerade die neueren Seiten wirken auf den ersten Blick harmlos, vielleicht sogar unterstützenswert. Erst bei genauem Hinsehen lassen sich dort Neonazis als zentrale Akteure erkennen. Andere Gruppen haben deutlichere Namen: »Todesstrafe für Kinderschänder« oder »Stoppt Tierversuche, nehmt, Kinderschänder«. Diese Gruppen haben weniger Mitglieder als die verdeckten Kampagnenseiten, sie sind dennoch weit verbreitet und finden Zulauf.

Mehr als 40.000 User/innen gefällt die Facebook-Seite »Deutschland gegen Kindesmissbrauch« (Stand August 2013). Die Verantwortlichen versuchen ganz offensichtlich, ihren neonazistischen Hintergrund zu verstecken. Offiziell distanzieren sie sich davon, »im Auftrag irgendwelcher Organisationen [oder] im Auftrag von Parteien« zu arbeiten und geben sich unpolitisch. Auf der Seite jedoch wird recht schnell die Nähe zur NPD und zu rechtsextremem Gedankengut deutlich. So wird



Das Profilbild der Facebook Seite »Deutschland gegen Kindesmissbrauch« wirkt harmlos. Der Slogan »Finger weg von unseren Kindern« ist vom NPD-Funktionär Frank Franz entworfen und schmückt NPD-Wahlplakate.

Quelle: Screenshot Facebook



Die Seite »Deutschland gegen Kindesmissbrauch« nutzt Bilder der rechtsextremen Bewegung »Die Unsterblichen« – das können nur User/innen mit geschultem Auge erkennen.
Quelle: Screenshot Facebook-Account

bereits auf der Startseite der Verkauf rechtsextremer T-Shirts mit dem üblichen Spruch »Todesstrafe für...« beworben und Reden von führenden NPD-Funktionär/innen wie Udo Pastörs sind verlinkt. Neben den »großen« Kampagnen bilden sich auch immer wieder kleine und mittlere Kampagnen mit rechtsextremem Hintergrund, die auf Zuspruch stoßen.

Sexueller Missbrauch an Kindern führt auch in Sozialen Netzwerken und Foren immer wieder zu hitzigen Diskussionen. Viele Seiten und Gruppen, die ohne neonazistischen Ursprung das Thema »Kindesmissbrauch« aufgreifen, werden von Neonazis gezielt genutzt, um in Kommentaren und Gruppendiskussionen die Aufmerksamkeit für ihre Propaganda zu gewinnen. Wer sich aufregt, ist rationalen Argumenten oft nicht mehr zugänglich und empfänglicher für radikale Aussagen und Forderungen, wie der nach Todesstrafe. Eine Versachlichung der Diskussion und die Thematisierung rechter Propaganda helfen.

Wie instrumentalisieren Neonazis Betroffenengruppen und Initiativen gegen sexualisierte Gewalt?

Rechtsextreme versuchen verstärkt, an Betroffenengruppen sexualisierter Gewalt und an seriöse Vereine zum Thema anzuknüpfen. Vor allem im Internet und in sozialen Netzwerken ist Vorsicht vor rechter Instrumentalisierung geboten!

Nutzung von Bildmaterial für eigene Seiten oder Aktionen

Die Nutzung von Bildmaterial anderer Kampagnen auf rechtsextremen Seiten oder für Nazi-Aktionen, wie etwa in Youtube-Videos, ist eine beliebte Strategie. Dies wird für Rechtsextreme umso leichter, je mehr das Bildmaterial ihrer eigenen Darstellungsweise entspricht oder dem nahekommt. Wenn also ausschließlich blonde Kinder abgebildet werden oder wenn drastische Darstellungen sexuellen Missbrauchs im Vordergrund stehen, greifen Neonazis gern auf dieses Material zu. So wurden beispielsweise Bilder einer Betroffeneninitiative in rechten Youtube-Videos verwendet, die eine Puppe mit blutverschmierter Unterhose zeigen. Darüber steht der Satz »Papa hat mich lieb«. Die Kampagne des Vereins sollte Aufmerksamkeit erregen, schuf damit aber gleichzeitig eine Anschlussfläche für Neonazis. Bilder, die emotionalisieren und die fachlichen Standards in der Darstellung verlassen, werden beson-

ders häufig von Rechtsextremen verlinkt. Sie lenken von einem sachlichen Umgang mit dem Thema ab und sind anschlussfähig für rechte Instrumentalisierung.

Verlinken seriöser Seiten

Betroffenengruppen können sich nicht immer davor schützen, dass Rechtsextreme ihre Seiten verlinken. Dennoch lässt sich auch hier erkennen, dass Nazis besonders häufig auf solche Seiten verweisen, die ihrer Form der Darstellung ähneln. Es gilt: Wichtig ist ein sachlicher Umgang mit dem Thema, gewaltverherrlichende Bilder, drastische Opferdarstellungen oder die undifferenzierte Forderung nach »härteren Strafen für Täter« eröffnen Anschlussmöglichkeiten für Nazi-Propaganda. Wie sich Vereine präventiv schützen können, finden Sie auf www.no-nazi.net

Das Projekt no-nazi.net kämpft gegen Nazis und für eine demokratische Kultur in sozialen Netzwerken wie Facebook und google+. Es richtet sich speziell an User/innen zwischen 13 und 18 Jahren und will mit einer Mischung aus Humor und Sachinformationen aufklären und Jugendliche stark machen, sich gegen rechten Hass im Netz zu wehren.



Kommentieren und propagieren

Das Engagement gegen sexuellen Missbrauch ist wichtig – diesen Konsens nutzen Rechte im Kampf für die vermeintlich »gemeinsame Sache«. Immer wieder mischen sie sich mittels Kommentarfunktionen oder Foren auf Seiten von Betroffenenvereinen ein und verbreiten dort ihre Propaganda. Häufig stehen dort die verzweifelt Kommentare Betroffener direkt neben der gezielten Hetze des »Ring Nationaler Frauen«²⁰ oder der Forderung nach Todesstrafe. Hier ist es wichtig, solchen Kommentaren mit demokratischen Positionen zu widersprechen.



Aufmerksamkeit und Sensibilisierung hilft: Gruppen positionieren sich gegen die neonazistischen Seiten und klären über deren Hintergründe auf. Quelle: Screenshot Facebook

4.3 Täterfokus rechter Kampagnen

Neonazistische Kampagnen werfen staatlichen Institutionen vor, gegenüber Sexualstraftätern untätig zu bleiben und Täterschutz vor Opferschutz zu stellen. Auf einem Flugblatt der NPD Fraktion im Sächsischen Landtag verweist Holger Apfel darauf, dass »dieser Staat nicht willens ist, unsere Kinder wirksam zu schützen«²¹. Der »Opferschutz« besteht aus Sicht der Neonazis in einer rigiden Bestrafung der Täter. Sie sprechen ihnen jede Chance auf Resozialisierung ab und fordern ihren Ausschluss aus der Gesellschaft bis hin zur Todesstrafe.

Warum konzentrieren sich Rechtsextreme auf Täter?

Der Fokus auf die Täter dient Nazis dazu, ihr Weltbild zu vermitteln, in dem es zentral darum geht, den bestehenden demokratischen Rechtsstaat in Frage zu stellen. Der Nebeneffekt: Rechtsextreme können darauf verweisen, dass Strafen, die sie aufgrund neonazistischer Betätigung bekommen haben, unangemessen hart im Vergleich zur Bestrafung von Sexualstraftätern seien.²²

Auch wenn die Todesstrafe abgelehnt wird, erfolgt der Ruf nach härteren Strafen für Sexualstraftäter in der Öffentlichkeit häufig reflexartig. Nur selten werden beispielsweise bessere und mehr Therapiemöglichkeiten gefordert. Der Rechtsstaat steht in der Verantwortung, Täter/innen angemessen rechtlich zu bestrafen – einen vollkommenen Schutz vor Gewaltverbrechen wird es jedoch nicht geben können.

Warum Todesstrafe keine Antwort ist

Die Todesstrafe wurde 1949 mit Einführung des Grundgesetzes in der BRD abgeschafft,²³ da sie mit den Menschenrechten unvereinbar ist. Das Recht auf Leben ist in einem Rechtsstaat für jede/n Einzelnen an keine Bedingungen gebunden; Täter/innen haben das Recht auf einen fairen Prozess. Darüber hinaus helfen Rached Gedanken an Täter/innen weder den Betroffenen, noch tragen sie dazu bei, Kinder vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Ebenso wenig werden Täter/innen durch die Androhung von Todesstrafe abgeschreckt oder von ihren Taten abgehalten. Im Gegenteil würde dies dazu führen, dass Betroffene die Sexualverbrechen noch seltener zur Anzeige bringen: Strategie von Täter/innen ist es häufig, den Kindern in einem langen, gut geplanten Prozess das Gefühl zu geben, mitverantwortlich zu sein. Kinder und Jugendliche haben oft Angst davor, dass die Taten ans Licht kommen. Die undifferenzierte Anwendung hoher Strafen würde diese Angst weiter befördern. Gleichzeitig kommen die Täter/innen in den meisten Fällen aus dem sozialen Nahbereich der Betroffenen – umso größer kann die Scheu sein, mit einer Anzeige eine nahestehende Person, wie z.B. den eigenen Vater, der Todesstrafe auszusetzen.

21 www.npd-fraktion-sachsen.de/multimedia/dokumente/PDF/Faltblaetter/FB_Kinder_schuetzen.pdf, aufgerufen am 22.08.2013.

22 So z.B. Sven Skoda in einem Redebeitrag auf einem Aufmarsch gegen einen ansässigen ehemaligen Sexualstraftäter in Randerath am 21. 03. 2009, einzusehen unter www.youtube.com/watch?v=NdqYrAohEeE, aufgerufen am 22. 08. 2013.

23 In der DDR wird die Todesstrafe erst 1987 abgeschafft.

Wie geht eine demokratische Gesellschaft mit ehemaligen Sexualstraftäter/innen um?

Das Menschenbild unseres Grundgesetzes ist der Gradmesser für den Umgang mit ehemaligen Sexualstraftäter/innen. Die Chance auf Resozialisierung ist ein hohes und wichtiges Gut eines Rechtsstaates: Es wird davon ausgegangen, dass Menschen lernfähig sind, sich mit begangenen Straftaten auseinandersetzen und Verantwortung für ihr eigenes Verhalten übernehmen können. Wenn dies gegeben ist und die Strafe getilgt, wird ehemaligen Täter/innen eine Chance für einen Neuanfang gegeben. Jeder Einzelfall muss genau geprüft werden. Dabei sind die Persönlichkeitsrechte des Individuums – hier insbesondere das Recht auf Privatsphäre, Unversehrtheit und auf Unverletzlichkeit der Wohnung – zu achten und zu schützen. Gleichzeitig ist es wichtig, Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen. Diese Aufgabe lässt sich durchaus als komplex und schwierig beschreiben. Nicht nur die Strafe der Täter/innen, sondern auch deren Therapie ist hierbei wichtig.



Schwerin, September 2010: Transparent auf einer Demo ruft zu Selbstjustiz auf. Was nicht gesagt wird: Rache hilft weder den Betroffenen noch verhindert sie sexualisierte Gewalt.

Quelle: Oliver Cruzcampo/ENDSTATION RECHTS

Fakten, die von Rechtsextremen nicht genannt werden:

Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass es in den letzten Jahren einen leichten Anstieg der bekannt gewordenen Fälle gibt. Dies kann z.B. damit im Zusammenhang stehen, dass mit der öffentlichen Diskussion das Anzeigeverhalten gestiegen ist. Daneben liegen Studien vor, die einen leichten Rückgang belegen. Diesbezügliche Aussagen zu treffen ist auch schwierig, da neben dem »Hellfeld« bzw. den zur Anzeige gebrachten Straftaten von einem sehr hohen »Dunkelfeld« auszugehen ist, also einer Vielzahl an Straftaten, die nicht in der Statistik auftauchen.

Wichtig zu beachten: Therapien können zwar eine pädosexuelle Orientierung nicht heilen, aber dazu führen, diese Orientierung zu kontrollieren und nicht umzusetzen.²⁴ Auch für andere als pädosexuelle Täter bzw. Täterinnen gibt es hilfreiche Therapieangebote, die vor allem auf Empathiefähigkeit und die Einsicht in das Unrecht setzen. Wichtig wäre es, therapeutische Angebote flächendeckend einzurichten und dem Ansatz der Resozialisierung größere Beachtung zu schenken. Vor Täter/innen, die rückfällig werden und bei denen Therapien erfolglos bleiben, muss sich eine Gesellschaft schützen, Sicherungsverwahrung kann hier eine Antwort sein.

Ursachen von Täterverhalten

Es gibt kein einheitliches Täterprofil. Verschiedene Ursachenmodelle betonen unterschiedliche Faktoren, die dazu führen, dass jemand sexuellen Missbrauch an Kindern oder Jugendlichen verübt. Ein wesentliches Motiv für solche Taten ist der Wunsch, Macht auszuüben und durch die Tat das Gefühl von Überlegenheit zu erleben. Bei einigen Tätern und wenigen Täterinnen kommt eine sexuelle Fixierung auf Kinder hinzu (Pädosexualität), das bedeutet, dass sie anders als die meisten Täter und Täterinnen sich kaum oder gar nicht von Erwachsenen sexuell angezogen fühlen.

Weitere Informationen: www.kein-raum-fuer-missbrauch.de/informationen

4.4 Sexualisierte Gewalt innerhalb der rechten Szene

Esther Lehnert

Die Tatsache, dass das Thema sexueller Missbrauch zu einem relevanten für die rechtsextreme Szene geworden ist, wirft auch die Frage danach auf, wie es innerhalb dieser verhandelt wird. Nach wie vor handelt es sich beim Thema sexualisierter Gewalt gesamtgesellschaftlich um ein unbeliebtes. Jenseits einer mitunter voyeuristischen Berichterstattung über besonders monströse Einzelfälle wird im Allgemeinen hierüber nur ungern gesprochen. Zu erkennen ist eine allgemeine Täterfokussierung. Diese hilft den Betroffenen in der Regel nicht weiter. Im Rechtsextremismus darf es – auf der programmatischen und ideologischen Ebene – sexualisierte Gewalt innerhalb der »Volksgemeinschaft« nicht geben. Innerhalb des Volksgemeinschaftskonzeptes und der Konstruktion »richtiger Männer« und »wahrer Frauen« hat das Thema sexualisierter Gewalt keinen Platz. Diesem Anspruch steht die reale Gewalt-

24 Vgl. www.kein-taeter-werden.de, aufgerufen am 22.08.2013.

förmigkeit der Szene diametral entgegen. Sie findet auf unterschiedlichen Ebenen ihren Ausdruck. Während Gewalt gegen »Feinde« grundsätzlich legitimiert wird (als Kampf ums Überleben oder gegen den »Volkstod«), werden auf programmatischer Ebene Frauen und Kinder geachtet und es wird ein gewaltfreier Schutzraum imaginiert.

Besonders drastisch wird sexualisierte Gewalt von neonazistischen Subkulturen verhandelt. In Liedtexten und Selbstdarstellungen unterschiedlicher Spielarten von Rechtsrock wird mitunter ganz offen zu (sexueller) Gewalt gegen Frauen aufgerufen oder diese wird verharmlost. Weitere Indizien für das Vorhandensein von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern geben Berichte von Aussteigerinnen. Zudem hat die Veröffentlichung einer rechtsextremen Funktionärin in 2012 auf Facebook zu einer kontroversen Diskussion über häusliche Gewalt innerhalb der Szene geführt. Ricarda Riefling beschrieb ihre häusliche Situation, die seit Jahren durch schwere Gewalt ihres Ehemannes bestimmt war. Aus Forschung und jahrelangen Erfahrungen aus der Beratungspraxis ist der Zusammenhang von häuslicher und sexualisierter Gewalt hinreichend belegt. Über sexualisierte Gewalt zu sprechen, scheint jedoch nach wie vor schwieriger und hochschwelliger. Auch wenn es bis dato noch keinen Diskurs innerhalb der Szene darüber gibt, wie damit umgegangen werden kann und soll, wenn es sich bei dem Täter (oder der Täterin) um einen Neonazi handelt, weisen bereits die Veröffentlichungen und Verlautbarungen zum Thema häusliche Gewalt auf manifeste sexualisierte Gewalt hin.

Weitere Hinweise finden wir in Berichterstattungen über Funde kinderpornografischen Materials im Rahmen von Razzien und Hausdurchsuchungen bei Neonazis. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die Funde kinderpornografischer DVDs in der zerstörten Wohnung der Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU).



Bei einer Demonstration in Neumünster fordern Teilnehmer/innen das »Wegsperren« von »Kinderschändern«. Diese Forderung jedoch steht nicht nur rechtsstaatlichen Prinzipien entgegen. Auch würden extreme Strafen die Scheu von Betroffenen vergrößern, Täter/innen aus dem sozialen Nahbereich anzuzeigen. Quelle: Bündnis gegen Rechts, Neumünster

5. Fallbeispiele für rechte Kampagnen im öffentlichen Raum und Gegenstrategien

Im Folgenden werden in vier Artikeln Fallbeispiele aus dem ländlichen und urbanen Raum Ost- und Westdeutschlands geschildert. Neben der Analyse rechtsextremer Kampagnen geht es um die Frage möglicher Gegenstrategien demokratischer Akteure.

5.1. Fallbeispiel Insel, Sachsen-Anhalt. Ein Interview mit Anne Mehrer

Zur Situation

Im Juli 2011 werden zwei ehemalige Sexualstraftäter aus Baden-Württemberg aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte entlassen. Sie ziehen in das zur Stadt Stendal gehörende Dorf Insel. Mitte August 2011 wird dies in der Gemeinde bekannt – bis heute ist unklar, aus welcher Quelle die Vergangenheit der beiden Männer an die Öffentlichkeit dringt. Anfang September kommt es zu den ersten Demonstrationen in Insel. Ungefähr 100 Bürger/innen des Ortes – allen voran der Ortsbürgermeister Alexander von Bismarck – versammeln sich 3x wöchentlich direkt vor der Haustür der ehemaligen Sicherheitsverwahrten und fordern deren Wegzug. Binnen weniger Tage solidarisiert sich die Jugendorganisation der NPD, Neonazis aus der Umgebung beteiligen sich an den Kundgebungen im Ort.

Anne Mehrer ist Politikwissenschaftlerin und seit 2007 als Mobile Beraterin bei Miteinander e.V. in Halle (Saale) tätig. Teamkollegen haben über Monate die Ereignisse in Insel beobachtet und dokumentiert.



Die Bürger/innenproteste gegen zwei zugezogene ehemalige Sexualstraftäter in dem Dorf Insel bekamen eine hohe mediale Aufmerksamkeit.. Was unterscheidet den »Fall« Insel von anderen?

Bereits sehr früh, nach nur wenigen Wochen hatten sich sehr viele Neonazis (mitunter bis zu 50) aus der Region dem Bürgerprotest angeschlossen. Auf kleinem Raum – Insel hat nur ca. 450 Einwohner/innen – standen regelmäßig Neonazis Seite an Seite mit Nachbar/innen vor dem Haus der ehemaligen Sicherheitsverwahrten. Sie erzeugten über Monate einen bedrohlichen und menschenverachtenden Vertreibungsdruck. Der Protest bekam zum Teil sehr gewaltsame Züge. Einzelne Dorfbewohner/innen, die sich mit den beiden Männern solidarisierten, wurden auch von Nachbar/innen bedroht. Im Juni 2012 wurde aus einer Demonstration heraus versucht, das Haus der Männer gewaltsam zu stürmen.

Die Neonazis versprachen »Problemlösung statt Problemverlagerung«. Wie anschlussfähig sind solche Parolen an die Debatten unter den Bewohner/innen?

Neonazis besetzen das Thema seit Jahren prominent im öffentlichen Raum als auch online. Auch in Insel fiel diese »Infrastruktur« auf fruchtbaren Boden. Bereits auf



Einige Bewohner/innen des Örtchens Insel demonstrieren mit Rechtsextremen. Sigrid Schüßler (2. Reihe, ganz links), Vorsitzende des Rings nationaler Frauen, und Udo Pastörs (2. Reihe, 2. von links), stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, sind dabei.

Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck

den ersten Demonstrationen in 2011 postierten sich Vertreter/innen der Bürgerinitiative demonstrativ hinter die Transparente der Neonazis. Menschenverachtende Parolen wie »Todesstrafe für Kinderschänder« wurden schnell übernommen. Öffentliche Distanzierungen von den Neonazis im Ort gab es nur anfänglich und auch nur zaghaft bzw. wurden auf einigen Kundgebungen Neonazis von den Bürger/innen mit Applaus begrüßt.

Der menschenverachtende Begriff »Kinderschänder« wurde nie hinterfragt. Ungeachtet dessen, dass die Straftaten der beiden Männer in Insel nichts mit »Kindesmissbrauch« zu tun haben. Ein Teil der Protestierenden stimmte und stimmt vollkommen mit den neonazistischen Forderungen überein. Nachweisbare Interaktionen zwischen Bürgerinitiative und Neonazis auf der Straße und in sozialen Netzwerken unterstreichen den Austausch und Schulterschluss für ein gemeinsames Ziel: Die Vertreibung der Männer, die Diffamierung der Justiz als handlungsschwach und blind, sowie die Einführung der Todesstrafe für »besonders schwere Fälle«.

Welche Rolle hat das Handeln von politisch Verantwortlichen für die Eskalation gespielt?

Sowohl die Zuständigen der Landesregierung als auch die politischen Verantwortungsträger/innen aller Parteien reagierten ohnmächtig und wollten keine Entscheidungen treffen. Für den Umgang mit dem Protest gegen ehemalige Täter, die noch dazu aus einem anderen Bundesland in die Altmark gekommen waren, gab es weder eine politische Agenda geschweige denn eine Lobby. Ein Problembewusstsein gegenüber einem Bürgerprotest, der die Menschenrechte anderer mit Füßen trat, setzte erst sehr spät und zum Teil gar nicht ein. Stattdessen gelang es der Bürgerinitiative wiederholt, die Landesregierung unter Druck zu setzen. Die Nazipräsenz auf den eigenen Kundgebungen wurde hier als problemverstärkend ins Feld geführt. So

signalisierte der Innenminister im Oktober 2011, man werde sich in Absprache mit dem Justizministerium um eine Wohnalternative für beide Männer kümmern. Dies war ein schwerwiegender Fehler, denn die politische Botschaft aus Magdeburg war deutlich. Sie suggerierte, dass die grundrechtsverletzende Positionen der Initiative legitim und die Landesregierung sogar bereit sei, über deren Forderungen zu verhandeln. Die Anwesenheit der Männer und nicht das menschenverachtende Verhalten von Nachbar/innen und Neonazis wurde zum Problem erklärt. Erst in Folge des versuchten Einbruchs in das Haus der beiden Männer im Juni 2012 fuhr der gesamte Landtag nach Insel und setzte ein symbolisches Zeichen für die Menschenwürde.

Während der Proteste deckte ein Fernsehbeitrag auf, dass 2005 ein Mädchen in Insel vergewaltigt wurde. Der damalige Täter ist ein Bewohner aus dem Dorf. Damals wurde über den Vorfall geschwiegen, der Täter in Schutz genommen, dem Opfer nahegelegt, die Straftat nicht anzuzeigen. Welche Rolle spielte dieser Fall in Insel? In der aktuellen Auseinandersetzung nur eine geringe. Auf die Medienberichte reagierte man mit Abwehr und bezeichnete die Berichterstattung als Lüge und Diffamierungsversuch. Die junge Frau und ihre Familie sind nicht als Protestierende gegen die beiden Männer in Erscheinung getreten.

Wie erklärt ihr dieses Verhalten?

Um allgemeine Aussagen zu machen, kennen wir die genauen Hintergründe und die Konfliktlinien zum damaligen Fall zu wenig. Aber der reale Fall steht im krassen



Keine Berührungsängste. Heiko Krause (NPD Tangerhütte) begrüßt Bürgerinnen auf einer Kundgebung in Insel am 21. 09. 2012. Quelle: monitorex



Neonazis fordern die Einführung der Todesstrafe. Auch Vertreter/innen der Bürgerinitiative in Insel standen hinter Transparenten mit solch menschenverachtenden Parolen.

Quelle: Antifaschistische Koordination Lübeck

Gegensatz zum verbreiteten Bild, das von Sexualstraftätern gezeichnet wird: Der fremde Mann, der von außen in eine Gemeinschaft eindringt und sich »krankhaft« an den »eigenen« Kindern vergeht. Die Statistik hält dagegen: Weit über die Hälfte sexualisierter Gewalttaten an Kindern wird aus dem sozialen Umfeld (Familie, Freundeskreis) begangen. Doch in Insel geht es noch um mehr: Es geht um eine grundsätzliche Infragestellung des demokratischen Rechtsstaates. Dem politischen System wird die Fähigkeit abgesprochen, die »eigenen« Kinder zu schützen. So hat man sich in Insel mehrfach als »von staatlichem Handeln« ausgeliefert inszeniert und deutlich gemacht, dass man das Problem alleine wird lösen müssen – zur Not mit Gewalt.

Aktueller Stand

Die Männer wohnen noch in Insel. Einer der beiden ist schwer erkrankt. Eine der wenigen Unterstützerinnen im Ort – Waltraut Klingbeil – wurde im Mai 2013 mit dem Preis »Botschafterin für Demokratie und Toleranz« des gleichnamigen Bündnisses der Bundesregierung ausgezeichnet. Nach wie vor finden Kundgebungen für den Wegzug der Männer statt. Die Gruppe ist indessen auf 10-20 Personen reduziert. Polizeikräfte sind regelmäßig im Ort präsent.

5.2 Fallbeispiele aus Schleswig-Holstein

Eine eskalierte Demonstration in Nordfriesland als Erfolgserlebnis

Nils Raupach

Bereits 1997 griffen Rechtsextreme in Schleswig-Holstein das Thema Kindesmissbrauch auf (vgl. Kapitel 4). Der rechten Szene gelang es jedoch lange Zeit nicht, bürgerliche Kreise zu gewinnen oder ihre Themen in den etablierten Medien zu platzieren. Dies änderte sich mit einer Kampagne im nordfriesischen Leck: Dort führten Neonazis am 3. März 2012 eine Demonstration gegen einen jugendlichen Sexualstraftäter an, auch Nachbar/innen mit ihren Kindern beteiligten sich. Aufgepeitscht von rechtsextremen Hetzreden versuchte die Menge anschließend die Wohnung des 18-Jährigen zu stürmen, nur mit Mühe konnte die Polizei den Angriff stoppen. Auch weil der junge Mann wenige Zeit später tätlich angegriffen wurde und schließlich unter ungeklärten Umständen aus dem Ort verschwand, ging dieser Vorfall in das kollektive Gedächtnis der rechten Szene als Erfolg ein.

»Da baute sich etwas auf!« – Aufgeheizte Stimmung in Neumünster

In vielen Orten in Schleswig Holstein versuchen Neonazis an die aus ihrer Sicht erfolgreiche Kampagne in Leck anzuknüpfen – auch in Neumünster. Vorausgegangen waren ihrer Kampagne teilweise skandalisierende Zeitungsartikel und Fernsehberichte: Ein rechtskräftig verurteilter Sexualstraftäter war nach seiner Haftentlassung in die Stadt gezogen. Zu einer ersten Demonstration kam es dann am 1. September 2012: Ca. 15 Personen versammelten sich unter der Leitung des bisher nicht als rechtsextrem bekannten Ehepaars Mark Michael und Sonja Proch in der Neumünsteraner Innenstadt. Über diese kleine Demonstration wurde wohlwollend von den Medien berichtet, Proch konnte seine Inhalte einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. So wurde er von den Kieler Nachrichten mit den Worten zitiert, der »Täterschutz« sei »offensichtlich wichtiger als der Opferschutz«. »Erst die Medienberichte und dann diese erste Demonstration – man merkte, da baute sich etwas auf«, erinnert sich Dr. Christof Ostheimer vom »Bündnis gegen Rechts« Neumünster. Durch die Ereignisse in Leck sensibilisiert, recherchieren die Nazigegner/innen und werden fündig: Auf Facebook häufen sich Hinweise auf eine Verstrickung des Ehepaars Proch in die rechtsextreme Szene. Die beiden sind nicht nur mit rechtsextremen Personen und Gruppen »befreundet«, sondern posten auch Parolen wie die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe. Für den 8. September 2012 kündigen die Prochs und ihr Umfeld eine weitere Demonstration an, zu der hauptsächlich über Facebook mobilisiert wird. Die Befürchtungen des »Bündnisses gegen Rechts« treffen ein: Unter Rufen wie »Wer muss weg – der pädophile Dreck!« ziehen bis zu 300 Menschen in einer aufgeheizten Demonstration durch die Stadt. Unter ihnen sind viele Menschen aus der Nachbarschaft, aber auch ca. 40 Personen aus der örtlichen rechtsextremen Szene laufen mit. Hauptredner ist wieder Herr Proch, er verkündet, von der Demonstration werde »ein Signal gegen Kinderschänderversteher und Versager in der Politik« ausgehen. Auch regionale und überregionale Presse, darunter mehrere Kamerteams, sind vor Ort.

»Die Welle brechen« – Wie das »Bündnis gegen Rechts« die Nazis stoppt

Aber Ostheimer, Organisator des »Bündnis gegen Rechts«, und seine Mitstreiter/innen waren nicht untätig gewesen: Sie hatten online weitere Hinweise auf rechts-extreme Hintergründe der Demonstration gesammelt, eine Pressemitteilung und einen Aufruf verfasst, nicht an der Demonstration teilzunehmen. Die Demonstration der Rechtsextremen selber wird von den Nazigegner/innen beobachtet und begleitet. Ihre Flugblätter verteilten sie am Rande der Demo, auch an die Presse. Ostheimer und seine Mitstreiter/innen führen stundenlang Pressegespräche, geben trotz Bedrohungen Interviews und betonen den rechtsextremen Hintergrund der Demonstration, der von Mark Michael und Sonja Proch bestritten wird. Mit Erfolg: Im Nachgang der Demonstration änderte sich die Berichterstattung der Medien. In mehreren Zeitungs- und Fernsehbeiträgen wurde der rechtsextreme Hintergrund der Prochs thematisiert. Es wurden Fotos der Eheleute als Teilnehmende einer rechtsextremen Demonstration am 01. Mai 2012 in Neumünster veröffentlicht und Parallelen ihrer Kampagne zu den Ereignissen in Leck gezogen.

Zu einer dritten von Mark Michael Proch angemeldeten Demonstration am 20. Oktober 2012 erschienen lediglich 35 Teilnehmende. Ein Grund hierfür könnte die richterliche Verordnung einer elektronischen Fußfessel für den verurteilten Sexualstraftäter gewesen sein. Aber sicherlich hatte auch das Engagement der Neumünsteraner Nazigegner/innen und die kritische Berichterstattung der Presse dazu beigetragen. Der Preis hierfür war hoch: Dr. Christof Ostheimer bekam eine Anzeige wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede, die eingestellt wurde.



Demonstration gegen einen zugezogenen Sexualstraftäter am 08.09.2012 in Neumünster. Nach einer ersten Kundgebung eine Woche zuvor begann das lokale Bündnis gegen Rechts zu recherchieren. Es zeigte sich, dass die Initiator/innen des Protests der rechten Szene angehören.

Quelle: Bündnis gegen Rechts Neumünster

Im Internet kursierten Mordaufrufe gegen ihn. Aber die Kampagne in Neumünster ging in das Gedächtnis der rechten Szene Schleswig-Holsteins nicht als Erfolg ein. »Unsere Aktivitäten waren richtig und haben sich gelohnt« sagt Ostheimer heute. Nachdem er seine Nähe zu rechtsextremen Kreisen lange bestritten hatte, ist Mark Michael Proch nun offen aktiv: Bei der Kommunalwahl 2013 zog er als Spitzenkandidat der NPD in die Neumünster Ratsversammlung ein. Im Wahlkampf hatte Proch einmal mehr versucht das Thema Sexualstraftäter propagandistisch zu nutzen. Aber das »Bündnis gegen Rechts«, Kommunalpolitiker/innen, demokratische Parteien und Zivilgesellschaft haben sich auf den Weg gemacht, den rechtsextremen Bestrebungen auf kommunaler Ebene zu begegnen.



Auch zahlreiche Pressevertreter/innen waren bei der Demonstration in Neumünster anwesend. Dank der Intervention von engagierten Demokrat/innen wurden diese über den rechtsradikalen Hintergrund der Veranstalter/innen aufgeklärt.

Quelle: Bündnis gegen Rechts Neumünster

Autoreninformation:

Der Diplomsozialpädagoge Nils Raupach ist Mitarbeiter der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) und im Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein tätig. Des Weiteren ist er Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Kiel zu den Themen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Demokratiepädagogik.

5.3. Urbaner Raum – Beispiele aus Berlin

Juliane Lang, Matthias Müller, Sabine Hammer

Berliner Rechtsextreme verfolgen mit der Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch vor allem zwei Strategien: Zum einen wollen sie ihre lokale Aktionsfähigkeit durch öffentliches Auftreten zeigen. Die Forderung der Todesstrafe für Sexualstraftäter wirkt identitätsstiftend und mobilisierend auf die Szene, deren Vorstellung einer »Volksgemeinschaft« immer auch eine Vernichtung von Gruppen und Menschen intendiert, die als Bedrohung angesehen werden. Deshalb wird Gewalt befürwortet und zu Selbstjustiz aufgerufen. Zum anderen versuchen Rechtsextreme mit diesem emotionsgeladenen Thema über ihr Spektrum hinaus für sich zu werben, um sich in der gesellschaftlichen Mitte zu profilieren. Wir zeigen im Folgenden an ausgewählten Beispielen verschiedene Aktivitäten der Instrumentalisierung und geben einige Anregungen für demokratische Gegenreaktionen.

Aktionen der Gewalt und Selbstjustiz

- Im Mai 2005 wurde ein 40 Jahre alter Mann in seiner Wohnung in Köpenick brutal misshandelt. Eine Gruppe Rechtsextremer hatte den Mann als Pädosexuellen eingestuft und ihm eine Falle gestellt: Eine 17-Jährige, die sich als minderjährig ausgegeben hatte, bot dem Mann Sex an und ging mit ihm in seine Wohnung. Dort öffnete sie vier rechtsextremen Freunden die Tür, die auf den Mann einschlugen, ihn mit einem brennenden Bügeleisen folterten und ausraubten. Dieselbe Gruppe drang binnen zehn Tagen in zwei weitere Wohnungen ein und verprügelte die Bewohner schwer. Die Gruppe wurde gefasst, einzelne der insgesamt elf Mitglieder wurden zu Haftstrafen verurteilt.
- Im Februar 2006 wollten die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten in Neukölln »Kiezstreifen gegen Kinderschänder« bilden. Sie verteilten Flugblätter, in denen behauptet wurde, dass sich in einer Siedlung ein Pädosexueller aufhalte. Die Rechtsextremen kündigten an, in schwarzer Kluft mit weißer Armbinde durch die Wohngegend zu patrouillieren, um den Mann aufzugreifen. Die Polizei verbot diese Aktion und drohte bei Zuwiderhandlung mit einem Zwangsgeld.
- Im Juli 2012 veröffentlichte das Netzwerk »nw-berlin« (nw = nationaler Widerstand) einen Artikel mit Fotos auf ihrer Website. Dort wurde von Aktionen gegen einen bereits verurteilten, aber noch nicht inhaftierten Sexualstraftäter in Lichtenberg berichtet. Die Neonazis verteilten Flugblätter mit Name, Adresse und Foto des Mannes, schmierten Parolen auf Fußwege und warfen die Fensterscheiben seiner Wohnung ein. Daraufhin suchte die örtliche Polizei das Gespräch, sowohl mit Anwohner/innen als auch mit dem betroffenen Mann. Dieser äußerte kein Bedürfnis nach besonderem Schutz, auch die Nachbar/innen fühlten sich weder von ihm noch von den Neonazis verunsichert. Der Mann lebte bis zum Haftantritt in seiner Wohnung.

Öffentliche Aktionen

- Im Oktober 2008 marschierten fast 400 Personen unter dem Motto »Unsere Kinder – Gegen: Kindesmisshandlung, Verwahrlosung unserer Kinder, Kinderschänder!« durch Marzahn-Hellersdorf. An dem Aufmarsch, von einer lokalen NPD-Funktionärin organisiert, nahmen jedoch nur Rechtsextreme und niemand aus der unmittelbaren Nachbarschaft teil. Demokratische Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppen protestierten auf Kundgebungen.
- In einem Hort einer Grundschule in Treptow-Köpenick arbeitete 2011 ein Mann als ehrenamtlicher Schulhelfer. Er lud Kinder zu sich nach Hause ein. Eine Mutter zeigte den Mann wegen sexuellen Missbrauchs an ihrer Tochter und ihrem Sohn an. Die Schule beendete daraufhin das Arbeitsverhältnis mit dem Mann, der später zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurde. Die Eltern wurden jedoch erst nach Abschluss des Gerichtsverfahrens informiert. Einige Eltern empfanden das als zu spät und gründeten eine Initiative, die zu einer Elternversammlung einlud, an der auch eine rechtsextreme Funktionärin teilnahm. Diese berichtete am nächsten Tag detailliert über die Versammlung auf der Website der NPD. Sie argumentierte rassistisch, forderte den »Schutz unseres Blutes« und unterstellte den Behörden Untätigkeit. NPD-Verordnete in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) griffen in Form mündlicher Anfragen das Thema auf und versuchten sich als »Kümmerer« zu inszenieren. Der Bezirksbürgermeister berichtete jedoch sachlich über die Maßnahmen der Schule und wirkte so einer Skandalisierung durch die NPD entgegen.

Anregungen für demokratische Gegenreaktionen

Das letztgenannte Beispiel ist u.E. geeignet, Kernpunkte für eine erfolgreiche Abwehr einer rechtsextremen Instrumentalisierung von Sexualstraftaten aufzeigen:

- Die Grundschule hat schnell und besonnen reagiert, indem sie das Jugendamt involvierte. Dieses vermittelte die »Berliner Jungs«, ein Projekt gegen sexuellen Missbrauch, das für alle Jungen der 4. bis 6. Klassen Präventionstrainings durchführte. In den Trainings werden Täterstrategien thematisiert und Auswege daraus spielerisch erarbeitet. Leider wurden solche Trainings nicht für die Mädchen ermöglicht. Interessierte Eltern konnten sich auf Veranstaltungen über die Inhalte der Präventionstrainings informieren.
- Das Beispiel der Grundschule zeigt aber auch, wie wichtig ein offener Umgang und das schnelle Informieren aller Beteiligten sind. Dazu zählen u.a. betroffene Eltern, Lokalpolitik, Polizei, Jugendämter, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Präventionsprojekte gegen sexuellen Missbrauch. Durch die Einbeziehung dieser unterschiedlichen Beteiligten können verschiedene Perspektiven und Ressourcen für die Problembearbeitung und Prävention kommuniziert und nutzbar gemacht werden.
- Mit Diskussionen im Sozialraum, an denen auch Rechtsextremismus-Expert/innen beteiligt waren, wurden Beteiligte mit der Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch konfrontiert und sensibilisiert. Durch fachkundiges Reagieren in der BVV konnten die Strategien der Rechtsextremen abgewehrt werden.



Neonazis demonstrieren unter dem Motto »Unsere Kinder – Gegen Kindesmisshandlung, Verwahrlosung unserer Kinder, Kinderschänder!« in Berlin, Marzahn-Hellersdorf, Oktober 2008.

Immer dann, wenn die Diskussion über den konkreten Fall hinausgeht und Forderungen nach »höchsten Strafen« oder der »Todesstrafe für Kinderschänder« gestellt werden, sollten Menschen und Initiativen hellhörig werden – dahinter stehen oft rechtsextreme Einstellungen. Das Agieren von Rechtsextremen zu erkennen und erfolgreich dagegen vorzugehen, setzt ein vielfältiges Wissen über die rechtsextreme Szene und deren Strategien voraus. Deshalb empfehlen wir in solchen Situationen, das Fachwissen von Mobilien Beratungsteams oder anderen Rechtsextremismus-Expert/innen einzubeziehen.

Unser Fazit

Die Beispiele aus Berlin zeigen, dass die rechtsextreme Szene auch im urbanen Raum versucht, Sexualstraftaten für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Häufig sind es vor allem rechtsextreme Frauen, die öffentlich als Anwältinnen des Themas auftreten, während rechtsextreme Männer mit Aktionen der Selbstjustiz und Gewalt auffallen. Solche Aktivitäten waren in Berlin bisher von kurzer Dauer und nicht als längerfristige Kampagnen angelegt. Eine Mobilisierung über die eigene Szene hinaus sowie eine Inszenierung als »Kümmerer« gelang Rechtsextremen nicht. Erklären lässt sich das vor allem mit der allgemeinen konzeptionellen und organisatorischen Schwäche des Berliner Rechtsextremismus, der aufgrund der Stärke einer heterogenen Zivilgesellschaft in Berlin wenig Entfaltungsmöglichkeiten hat. Die geschilderten Beispiele zeigen gleichwohl, dass Rechtsextreme auch zukünftig versuchen

könnten, Sexualstraftaten aufzugreifen und für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Punktuelle Erfolge sind dabei nicht ausgeschlossen, denn ihre Forderung von härteren Strafen für Sexualstraftäter findet auch in Berlin jenseits der rechtsextremen Szene breite Zustimmung.

Autor/inneninformationen:

Matthias Müller, Diplomsozialpädagoge/Diplomsozialarbeiter, arbeitet seit 2007 als Berater im Projekt Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

Juliane Lang, M.A. Gender Studies und Erziehungswissenschaften, ist als freie Referentin für den Verein für demokratische Kultur in Berlin (vdk) tätig.

Sabine Hammer, M.A. Angewandte Kulturwissenschaften, arbeitet seit 2011 als Beraterin im MBR Berlin.



Rechtsextreme unter sich: In Berlin gelang eine Mobilisierung zum Thema Sexualstraftaten über die eigene Szene hinaus bisher nicht.

5.4 Fallbeispiel Joachimsthal

Timo Reinfrank, Elisabeth Schönrock

Seit Anfang 2008 hat sich die Situation in Joachimsthal, einem 3.300 Einwohner Dorf bei Eberswalde im Landkreis Barnim, schlagartig verändert. Damals zog Werner K. zu, er hatte 22 Jahre seines Lebens in Haft verbracht, weil er mehrere Frauen und Kinder vergewaltigte. Der Fall erregte bundesweit Aufsehen: Eine zuvor angeordnete nachträgliche Sicherheitsverwahrung wurde vom Bundesgerichtshof wegen rechtlicher Mängel aufgehoben. Als erste Reaktion darauf zogen NPD und DVU mit einer Demonstration medienwirksam durch Joachimsthal, dem Wohnort des aus der Haft entlassenen Sexualstraftäters. An der eindeutig neonazistischen Demonstration beteiligten sich viele Bürger/innen aus dem brandenburgischen Dorf. Unmittelbar nach der rechtsstaatlichen Aufhebung der Sicherheitsverwahrung wurde die Bürgerinitiative »Nachbarschaftliche Solidargemeinschaft« vor Ort aktiv – nach außen distanzierte sie sich zwar von den Rechtsextremen, allerdings organisierte auch sie Mahnwachen und forderte die unverzügliche Sicherheitsverwahrung für Werner K. Einzig die Evangelische Kirchengemeinde, bereits langjährig engagiert gegen Rechtsextremismus in der Region, positionierte sich öffentlich gegen die Instrumentalisierung des Themas durch die rechte Szene im Barnim.

Erneut in Erscheinung traten DVU und NPD, als im August 2009 die angeordnete polizeiliche Rund-um-die-Uhr Bewachung Werner K.s aufgehoben wurde. Das Landgericht hatte aufgrund der begonnenen Therapie keine Rechtsgrundlage mehr für eine weitere Bewachung gesehen. Das Thema wurde zum Aufhänger rechtsextremer Parteien im brandenburgischen Landtagswahlkampf. Bei einer Demonstration durch den Ort forderten sie erneut die »Todesstrafe für Kinderschänder« und skandierten Parolen wie »Ein Stock, ein Stein, schlägt Werner K. den Schädel ein«. Der



Nachdem im August 2009 die polizeiliche Rund-um-die-Uhr-Bewachung des Sexualstraftäters Werner K. aufgehoben wurde, treten Neonazis in dessen Wohnort Joachimsthal in Aktion.

Quelle: Pavel Buchheim



Mit Artikeln über den »Skandal von Joachimsthal« befeuert die Presse die öffentliche Empörung in dem Fall. Dass die Aktionen der Neonazis in Teilen der Bevölkerung durchaus auf Akzeptanz stoßen, wird nicht kritisch reflektiert.

Quelle: Pavel Buchheim

Erfolg ihrer Kampagne ließ sich erkennen an der Akzeptanz, auf die sie bei Teilen der Bevölkerung stieß und die zum Teil unkritische Übernahme der Parolen in den lokalen Medien. Auch 2010 marschierten die Neonazis erneut zum Thema durch Joachimsthal – diesmal ernteten sie allerdings kaum noch Unterstützung durch die Joachimsthaler Bürger/innen. Grund dafür war eine langfristig angelegte Kampagne vor Ort, die über die Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis informierte.

Intervention durch Information und demokratische Parteinahme

Die Amadeu Antonio Stiftung berät die Kirchengemeinde Joachimsthal seit 2008, das Besondere war und ist hier die Ansprechbarkeit eines gewachsenen, breiten Netzwerks. Um der Vereinnahmung des Themas durch Neonazis etwas entgegenzusetzen, wurde zusammen mit dem Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus (LAP) im Barnim eine Handreichung für Multiplikator/innen entwickelt, die die Hintergründe vor Ort beleuchtet und über sexuellen Missbrauch, sowie die Instrumentalisierungsstrategien der Neonazis aufklärt.²⁵ Die Broschüre wurde in einer Auflage von 5.000 Exemplaren im ganzen Landkreis an Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen verteilt.²⁶ Im Geleitwort wendet sich der Barnimer Landrat Bodo Ihrke direkt an die Anwohner/innen. Damit war er der erste bekannte Politiker vor Ort, der sich deutlich gegen diese rechten Instrumentalisierungsversuche positionierte.

Besonders begrüßt wurde die Handreichung vom Leiter des lokalen Polizeireviers. Es war auch die Polizei, die sich eine offensivere inhaltliche Auseinandersetzung mit den Neonazis gewünscht hatte. Ergänzt wurde die Broschüre durch einen Flyer, der leicht verständlich den Inhalt der Handreichung in wenigen Stichpunkten zusammenfasste und von der örtlichen Zivilgesellschaft und der Kirchengemeinde im Vorfeld der folgenden Nazi-Demonstrationen persönlich mit einem Gesprächsangebot an alle Haushalte verteilt wurde.²⁷

Bürgergespräche

Die Informationsangebote wurden durch Bürgergespräche ergänzt, zu denen ein Bündnis verschiedener Akteur/innen vor Ort aufrief.²⁸ Ziel war es zunächst, ein demokratisches Forum und Raum zur Diskussion über nachvollziehbare Ängste zu schaffen. Weiterführend thematisierten die Bürgergespräche Prävention von sexuellem Missbrauch und die Instrumentalisierung der Situation durch die rechtsextreme Szene. Anfangs fanden die Treffen im Pfarrhaus statt, später lud die Bürger-

25 Vgl.: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/sexueller-missbrauch.pdf, aufgerufen am 22.08.2013.

26 Maßgeblich sind in die Broschüre bereits Erfahrungen von Shukura – Fachstelle für die Prävention sexuellen Missbrauchs eingeflossen, die bereits mit einem ähnlichen Informationsangebot zusammen mit dem Kulturbüro Sachsen in Leipzig arbeitet.

27 Vgl.: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/keinort/flyer-kein-ort-duer-neonazis.pdf, aufgerufen am 22.08.2013.

28 Zu den Bürgergesprächen luden die Kirche, die Amadeu Antonio Stiftung, das Jugendbündnis F.E.T.E, die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark und das Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V. ein. Fachliche Unterstützung bekamen die Bürgergespräche durch die Eberswalder Beratungsstelle Dreist e.V., Geschlechtsspezifische Bildungs-, Sozial- und Beratungsarbeit und das Kulturbüro Sachsen e.V.

meisterin in den Joachimsthaler Ratsaal ein. Ergebnis der Bürgergespräche war zum einen der Wunsch nach einem verstärkten Präventionsansatz: Das Motto »Kinder stark machen« mit Projekten zu unterlegen und Kinderrechte als Möglichkeit zur Prävention von sexuellem Missbrauch zu fördern²⁹. Andererseits wurde der deutliche Wunsch der anwesenden Bürger/innen erkennbar, dass sich künftig Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Kirche zusammen und geschlossen den Nazis entgegenstellen sollten.

Weitere Ergebnisse

Als Resultat der Bürgergespräche ergaben sich weitere Projekte durch verschiedene Akteur/innen. So wurde die Durchführung des Puppenspiels und Präventionsprogramms »Spiel-Grenze – Training für starke Mädchen und starke Jungen« von Dreist e.V. für Kitas in Joachimsthal durch die Amadeu Antonio Stiftung gefördert. Die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark hat ihre Unterstützung angeboten und u.a. den Schulen der Region die Teilnahme am Kinderrechteprogramm der Stiftung vorgeschlagen.³⁰ Vom Brandenburger Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus wurde ein Audiofeature produziert, das über sexuellen Missbrauch und die neonazistische Instrumentalisierung desselben informiert.³¹ Neben diesen positiven – die Demokratie und explizit die Kinderrechte fördernden Beispielen – ist es der NPD allerdings gelungen, sich mit der Freilassung des Sexualstraftäters Werner K. dauerhaft mit einem Ortsverband in Joachimsthal niederzulassen.



Teilnehmerin der NPD-Mahnwache in Joachimsthal im August 2009.

Autor/inneninformationen:

Die Diplomsozialpädagogin Elisabeth Schönrock hat von 2008 bis 2011 für das Tolerante Eberswalde e.V. den Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus Barnim koordiniert. Der Politikwissenschaftler Timo Reinfrank ist seit 2004 Stiftingskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung.

29 Vgl. dazu die Broschüre zur kinderrechtsachtenden Erziehung von Shukura, einzusehen unter www.awo-shukura.de/download/broschue_re_kinderrechte_2013.pdf, aufgerufen am 22.08.2013.

30 Vgl. www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/kinderrechte-internet.pdf, aufgerufen am 22.08.2013.

31 Vgl. www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/sexueller-missbrauch, aufgerufen am 22.08.2013.

6. Handlungsstrategien für Zivilgesellschaft

Anhand der Fallbeispiele lassen sich Empfehlungen formulieren, welche Schritte in Reaktion auf rechtsextreme Kampagnen zum Thema sinnvoll und wirksam sind.

- **Ängste ernst nehmen:** Kinder und deren Bezugspersonen haben ein Recht auf Schutz und Information. Dieses Recht müssen die demokratischen Parteien und die Verwaltungen ernst nehmen und achten. Sie sollten zeitnah bei entsprechenden Vorfällen reagieren und über Möglichkeiten zum Schutz vor sexuellem Missbrauch in Kooperation mit lokalen Fachstellen informieren.
- **Öffentlichkeit herstellen, aufklären und positionieren:** Es sollte öffentlich problematisiert werden, wenn es Rechtsextreme sind, die sich des Themas annehmen. Es ist notwendig darüber aufzuklären, welche Ziele Neonazis damit verfolgen, was daran undemokratisch und menschenverachtend ist.
- **Breite Bündnisse schließen:** Es ist sinnvoll, möglichst viele Personen und Verantwortliche aus Institutionen anzusprechen und einzubeziehen, sei es die Kirchengemeinde, Sportvereine, Betriebe, Einzelpersonen etc.
- **Lokalpolitiker/innen in die Verantwortung nehmen:** Es ist unterstützend für viele Bürger/innen, wenn der/die Bürgermeister/in sich öffentlich gegen Rechtsextreme ausspricht!
- **Journalist/innen sensibilisieren und einbinden:** Ein aufklärender Artikel, der die Strategien von Neonazis skandalisiert, ist oft ein erster wichtiger Schritt.
- **Demokratischer Konsens:** Es ist sinnvoll, einen Konsens darüber auszuhandeln, warum mit Neonazis nicht zusammengearbeitet wird. Gleichzeitig macht es Sinn, im Bündnis ein demokratisches Leitbild auszuhandeln und Regeln des Miteinanders zu beschreiben. Dies ist ein längerer Prozess, auf den sich alle Beteiligten einlassen wollen müssen, vgl. hierzu S. 53.
- **Fachlichkeit herstellen:** Örtliche Beratungsstellen zum Thema »Kindesmissbrauch« können über sexuellen Missbrauch aufklären und die Diskussion versachlichen. Das Thema sollte nicht den Nazis überlassen werden.
- **Präventionsprojekte initiieren, Verantwortung stärken:** Im Fokus sollte die Prävention von Missbrauch stehen: Kinder stärken, Kinder- und Menschenrechte thematisieren und Erwachsene für ihre Verantwortung sensibilisieren, Kinder vor sexueller Gewalt schützen.

- **Kinderschutz geht alle an:** Hinzusehen und gegen sexualisierte Gewalt aktiv zu werden, ist eine Entscheidung. Es ist nötig, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, es braucht Mut aber auch den Willen, es zu tun. Mehr Informationen zum Thema Kinderrechte: www.national-coalition.de
- **Forderungen nach Todesstrafe und Selbstjustiz eindeutig entgegnet:** Es gilt, rechtsstaatliche Standards in ihrer Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit zu erklären und rechtsextremen Forderungen ausdrücklich entgegenzutreten. Das Recht auf Leben und auf einen fairen Prozess sind Grundlage unserer Demokratie ebenso wie der Ansatz der Resozialisation bzw. die Überzeugung, dass verurteilten Tätern nach dem Tilgen der Strafe die Möglichkeit eines Neuanfangs in der Gesellschaft zugesichert wird.
- **Sensibilität für Sprache:** Es muss verständlich vermittelt werden, warum ein sensibler Sprachgebrauch unabdingbar ist und warum die Bezeichnung »Kinderschänder« letztlich zulasten Betroffener geht und vor allem die Stimmung aufheizen soll. Zudem ist es sinnvoll, Beratungsstellen aus der Arbeit gegen Rechts extremismus einzubinden. Sie können helfen, die Situation einzuschätzen, zu analysieren und im Prozess begleitend beraten. Empfehlungen für Ihre Region finden Sie unter: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/links-gegen-rechts-links-mobile-beratung. Überregionale Unterstützung erhalten Sie unter: www.gender-und-rechtsextremismus.de



Kinderschutz geht alle an. Im Fokus von Projekten gegen Kindesmissbrauch sollte stets die Prävention stehen. Dafür ist es wichtig, das Bewusstsein für Kinderrechte in die Gesellschaft zu tragen.

© Thorsten Stapel

7. Handlungsempfehlungen für Betroffenengruppen sexualisierter Gewalt

Neonazis versuchen auf unterschiedliche Weise, sich Betroffenengruppen anzuschließen und deren wichtige Arbeit für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Ausführlicher sind diese Strategien im Kapitel 4 beschrieben. Im Folgenden wird es darum gehen, Anregungen für Gegenstrategien für den Online-Bereich und für die Entwicklung eines demokratischen Leitbildes zu geben.

Betroffenengruppen und -initiativen geht es darum, Betroffenen eine Stimme zu geben, Raum für ihre Perspektiven zu schaffen, Hilfestellungen zu bieten und sich im Weiteren mit dem Thema Prävention zu befassen. Für die Mitglieder steht dabei das konkrete Anliegen, sexuellem Missbrauch entgegenzutreten, im Vordergrund. Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, waren und sind in diesen Gruppen willkommen. Neben dem Engagement für die »gemeinsame Sache« muss es grundsätzlich immer darum gehen, eine demokratische Perspektive einzunehmen und beizubehalten. Anderenfalls werden Unterwanderungsversuche durch Neonazis erleichtert.



Ein zivilgesellschaftliches Bündnis demonstriert in Schwerin gegen Neonazis. Auch für Betroffenengruppen ist es wichtig, sich Forderungen nach Wiedereinführung der Todesstrafe energisch entgegenzustellen, um nicht von Rechtsextremen vereinnahmt zu werden.

Quelle: Oliver Cruzcampo

Was ist bei der Darstellung des Themas sexueller Missbrauch in Wort und Bild zu beachten?

Um Anschlussmöglichkeiten für rechte Ideologie in Sprache und Ästhetik zu umgehen und sich eindeutig abzugrenzen, sollten Betroffenen Gruppen die fachlichen Standards in der Darstellung sexuellen Missbrauchs beachten.

Fachliche Standards beachten

- Es geht um die sachliche Darstellung in Text und Bild, das heißt auch, auf gewaltverherrlichende Bilder zu verzichten.
- Auch bei der Wortwahl ist Achtsamkeit gefordert, d.h. menschenverachtende Formulierungen – insbesondere die Bezeichnung »Kinderschänder« und die Forderung nach Todesstrafe – sind auszuschließen.
- Der Fokus sollte auf der Prävention und Fragen der Verarbeitung sexuellen Missbrauchs liegen, wenig sinnvoll ist eine Täterfokussierung in Wort und Bild.
- Personen sollten nicht sexualisierend dargestellt werden. Sexualisierte Darstellungen können Betroffene triggern!³² Generell gilt es, Opferdarstellungen zu vermeiden, um möglicher Retraumatisierung und Reviktimisierung entgegen zu wirken.
- Rechtsextreme verwenden bevorzugt die Farben schwarz/weiß/rot, die mit geschichtsrevisionistischer Absicht hier für das Deutsche Reich stehen. Es ist sinnvoll, dies zu berücksichtigen und in der eigenen Farbgebung auf Vielfalt zu achten.
- Auf rechtsextremen Seiten werden fast ausschließlich blonde Kinder gezeigt und sich auf die »Volksgemeinschaft« bezogen. Da es aber grundsätzlich immer um alle Kinder geht, ist es sinnvoll, die Vielfalt der Migrationsgesellschaft abzubilden.



Rechte Darstellungen nutzen häufig eine schwarz-weiß-rot Ästhetik. Die Farben der Reichsflagge im Nationalsozialismus waren wie im Wilhelminischen Kaiserreich schwarz-weiß-rot und sind Sinnbild für ein »Großdeutsches Reich«.

Quelle: Screenshot Facebook

32 Mit »triggern« ist in diesem Zusammenhang gemeint, dass Menschen, die traumatische Erfahrungen gemacht haben, durch bestimmte Reize an diese Erlebnisse erinnert werden und sich gedanklich sowie emotional zurückversetzt fühlen.

Wie kann ich die eigene Homepage und Materialien schützen? Welche juristischen Möglichkeiten gibt es?

Eine häufige Strategie der Neonazis ist es, sich positiv auf Kampagnen und Materialien von Betroffenengruppen zu beziehen oder diese in ihren Kampagnen zu benutzen. Hier sind die Betroffenengruppen gefordert, sich klar und eindeutig abzugrenzen.

- Wenn von Betroffenengruppen erstelltes Material auf Seiten verwendet wird, die als rechtsextrem gelten, ist es sinnvoll, eine/n Anwält/in einzuschalten und ggfs. eine Unterlassungsklage anzustrengen. Zu beachten sind spezifische Fristen und einzukalkulieren ist auch, dass dies Zeit braucht.
- Eine schnelle und einfache Möglichkeit besteht auf Facebook darin, die »Ignorier-Funktion« zu nutzen. So kann verhindert werden, dass rechtsextreme Personen Zugang zum eigenen Facebook-Account haben.
- Über das Anklicken der Ignorierfunktion besteht zudem die Möglichkeit, mit Facebook zu kommunizieren und justiziable Äußerungen zu melden. Grundsätzlich sollten in sozialen Netzwerken Urheberrechtsverletzungen gemeldet werden. Ebenso sollte bei Hatespeech/Hassrede³³ verfahren werden und auch dann, wenn es sich um eine »KEP« handelt (KEP = keine echte Person, häufig sind Nazi-Accounts keine echten Namen, z.B. »weißer wolf«) – Soziale Netzwerke haben eine Reaktionspflicht von 48 Stunden.
- Darüber hinaus ist es sinnvoll, Nazi-Accounts in Kommentaren für andere Mitleser/innen aufzudecken, konkrete Formulierungen s.u.
- Es ist sinnvoll, auf der Start-Seite das Kampagnenlogo »Kein Ort für Neonazis« abzubilden. Damit verbunden sein sollte ein eigenes Positionspapier, konkrete Empfehlungen s.u.



33 Mit »Hate Speech«/Hassrede sind menschenfeindliche Äußerungen gemeint, die zu Gewalt, Ausgrenzung oder Benachteiligung gegenüber einer Person oder einer Gruppe aufrufen; das beinhaltet auch die Straftatbestände der Volksverhetzung und der Leugnung des Holocaust.

Wie kann ich verhindern/ausschalten, dass Nazis mich »likern«?

Wenn Sie auf einer Seite, die Ihnen rechtsoffen oder rechtsextrem erscheint, einen Verweis oder eine Verlinkung zu Ihrer eigenen Homepage entdecken, können Sie auf Facebook schnell und einfach dagegen vorgehen:

1. Auf die eigene Seite gehen
2. Auf »Statistiken« klicken (linke Spalte)



3. Auf »Gefällt mir-Angaben« klicken



4. Nach rechts gucken und auf »Gefällt mir«-Angaben anzeigen« klicken



5. Im Pop-Up-Fenster, das sich dann öffnet, von »Personen« auf »Seiten« umschalten



6. Dann neben der Seite die man entfernen möchte, auf das Kreuz klicken.

7. Häkchen setzen bei »Dauerhaft blockieren«



8. Ok klicken.
9. Fertig!

Die letzten und folgenden Empfehlungen gelten natürlich für alle Internetuser/innen unabhängig davon, ob sie einer Betroffenenengruppe angehören oder nicht.

Was können Internetuser/innen tun, wenn der Verdacht besteht, dass Rechts-extreme »undercover« Stimmung machen?

- Hetze und Hatespeech sollte grundsätzlich nicht unwidersprochen bleiben. Es gilt hier für alle, sich eindeutig zu positionieren. Schweigen, unkommentiert belassen, kann schnell als Zustimmung interpretiert werden.
- In weniger eindeutigen Fällen kann es sinnvoll sein nachzufragen z.B.: »Wussten Sie eigentlich, dass das rassistisch ist?« oder »Bereits die Forderung nach Todesstrafe entspricht nicht unserem demokratischen Konsens«.
- Sinnvoll ist auch, Rechtsextreme für alle anderen Mitleser/innen zu rügen: »Das ist rassistisch, belästigen Sie mich nicht damit! Das passt nicht in dieses Forum« und auf die AGBs hinzuweisen.
- Wichtig ist es, ruhig und sachlich auf rechtsextreme Äußerungen zu reagieren und sich nicht zu Beleidigungen o.ä. hinreißen zu lassen.

Entwicklung eines demokratischen Leitbildes

Der vielleicht wichtigste und wirksamste Ansatz gegen eine mögliche Unterwanderung und für eine fundierte Abgrenzung stellt die inhaltliche Auseinandersetzung in der Gruppe selbst dar. Hierbei handelt es sich um einen demokratischen Prozess, der nicht von heute auf morgen zu realisieren ist und der darüber hinaus auch nicht verordnet werden kann. Hilfreich hierfür ist die Erstellung eines demokratischen Leitbildes.

Unbedingt notwendig ist eine Auseinandersetzung mit rechtsstaatlichen Möglichkeiten und demokratischen Interventionen. Diese wichtige inhaltliche Auseinandersetzung kann als erster Schritt für die Entwicklung eines *Leitbildes* genutzt werden. Hier geht es um die gemeinsame Erarbeitung von nicht-rassistischen, anti-antisemitischen und antisexistischen Positionen. Teil dessen muss die Auseinandersetzung über rechtsstaatliche Positionen bzw. über den juristischen Umgang mit Täter/innen sein. Zudem ist es für die Erarbeitung eines demokratischen Leitbildes wichtig, sich über gesamtgesellschaftliche Bedingungen auseinanderzusetzen, so z.B. mit der Frage, welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse Missbrauch begünstigen können. Es ist sinnvoll, traditionelle Geschlechterrollen und die Konstruktion der bürgerlichen Kleinfamilie kritisch zu beleuchten. Die Erarbeitung eines demokratischen Leitbildes stärkt die demokratische Gesprächs- und mitunter auch Streitkultur nach Innen und zeigt nach Außen (auf der Homepage platziert) eine eindeutige Positionierung. Das Leitbild entsteht niemals außerhalb, sondern stets innerhalb der Organisation in einem demokratischen Prozess.

Wie kann ein demokratisches Leitbild aussehen?

Das Selbstverständnis der Initiative beschreiben und ggfs. auf der Homepage veröffentlichen, z.B.: *»Wir stehen in der Arbeit unserer Initiative für demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien. Wir wenden uns entschieden gegen rassistische, antisemitische, sexistische oder homophobe Einstellungen.«*

Auch die Ablehnung rechtsextremer Positionen über den Umgang mit Täter/innen kann auf der eigenen Homepage veröffentlicht werden. *»Wir lehnen menschenverachtende Forderungen nach Rache, Selbstjustiz und die Forderung nach Todesstrafe ab!«*

Verdeutlichung davon, dass sexualisierte Gewalt ein gesellschaftliches und strukturelles und kein individuelles Problem ist. *»Sexualisierte Gewalt und sexueller Missbrauch ist kein individuelles sondern ein strukturelles Problem, das die ganze Gesellschaft angeht!«*

Darstellung, dass die Grundsätze des Leitbildes auch für die Arbeit mit externen Kooperationspartner/innen gelten. *»Unsere demokratischen Grundsätze gelten auch für unsere Kooperationspartner/innen.«*

Vor einem Ausschluss von Personen oder Organisationen, die rechtsextrem sind oder Bündnisse mit Rechtsextremen eingehen, sollte nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhaltes nicht zurückgeschreckt werden. *»Wir behalten uns vor, Rechtsextreme oder Personen und Organisationen, die sich positiv auf Rechtsextreme oder deren Organisationen beziehen, aus unserer Gruppe auszuschließen oder die Zusammenarbeit zu beenden.«*

Wie unterstützt der Unabhängige Beauftragte Betroffenengruppen auf diesem Feld?

Der Unabhängige Beauftragte unterstützt die Arbeit der Betroffenengruppen auch in der Auseinandersetzung mit dem Thema »Instrumentalisierung durch Rechtsextreme« und klärt in Kooperation mit der Fachstelle »Gender und Rechtsextremismus« der Amadeu Antonio Stiftung über deren Strategien und Ziele auf. Die Fachstelle hat auf Einladung des Unabhängigen Beauftragten bereits eine Veranstaltung für Teilnehmer/innen des Jour Fixe³⁴ durchgeführt, sowie einzelne Mitglieder unterschiedlicher Betroffenengruppen zu spezifischen Fragen beraten. Außerdem werden Informationsmaterialien für die Fachöffentlichkeit und Betroffeneninitiativen zur Verfügung gestellt.

Die eigene eindeutige Positionierung verdeutlicht der Unabhängige Beauftragte sowohl in einer eigenen Erklärung *»Nein zu Rechtsextremismus«* als auch durch die Verwendung des Kampagnenlogos *»Kein Ort für Neonazis«* auf seinen Webseiten (www.beauftragter-missbrauch.de, www.kein-raum-missbrauch.de, www.hilfeportal-missbrauch.de). Hierdurch wird deutlich gemacht, dass das Engagement von Rechtsextremen unerwünscht ist.

³⁴ Beim Jour Fixe des UBSKM handelt es sich um ein regelmäßiges Forum, an dem Vertreter/innen unterschiedlicher Betroffenengruppen und Mitarbeitende des UBSKM die Möglichkeit haben, sich vertiefend mit spezifischen Fragen auseinanderzusetzen.

Resümee

Wir wollen mit dieser Broschüre deutlich machen, dass die Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Nazis eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt. Zum einen für die gesellschaftlich wichtige Auseinandersetzung mit dem Thema. Hier gilt es der Forderung nach grundsätzlicher Rechtsstaatlichkeit unbedingt nachzukommen und immer wieder auf die Notwendigkeit eines demokratischen Umgangs mit dem Thema zu verweisen. Zum anderen ist klar geworden, dass alle Akteure, die sich im Themenfeld engagieren, aufgefordert sind, wachsam zu sein und rechteextremen Anbietungs- und Unterwanderungsversuchen klar und deutlich entgegenzutreten. Wir erhoffen uns, mit der Broschüre möglichst viele Engagierte zu erreichen, mit den Hintergrundinformationen aufzuklären und mit der Bereitstellung von Beispielen, Methoden und Angeboten die Entwicklung von Gegen- und Präventionsstrategien auch langfristig zu unterstützen.



Spät, aber doch: Lange reagierten die politischen Verantwortungsträger/innen aller Parteien ohnmächtig oder gar verständnisvoll auf die Proteste der Bürgerinitiative in Insel. Erst nach einem versuchten Einbruch in das Haus der beiden ehemaligen Sexualstraftäter im Juni 2012 fuhr der gesamte Landtag nach Insel und setzte dort ein symbolisches Zeichen für die Menschenwürde.

Quelle: Presseservice Rathenow

Anhang

Das Hilfeportal Sexueller Missbrauch (www.hilfeportal-missbrauch.de)

Das Hilfeportal Sexueller Missbrauch ist spezifisch auf die Thematik sexualisierter Gewalt ausgerichtet und übernimmt in diesem Themenfeld eine für das gesamte Bundesgebiet geltende Lotsenfunktion. Es richtet sich an Betroffene, die im Kindesalter sexualisierte Gewalt erfahren haben, deren Angehörige und soziales Umfeld, Fachkräfte und Interessierte. Es bietet eine Datenbank zum Auffinden bestehender Hilfsangebote vor Ort sowie weiterführende Informationen zum Thema.

Autorinnenangaben

Dr. Esther Lehnert ist Erziehungswissenschaftlerin und setzte sich bereits in ihrer Promotion mit der Beteiligung von Sozialarbeiterinnen im Nationalsozialismus auseinander. Sie war in verschiedenen Präventions- und Interventionsprojekten (u.a. in der MBR Berlin) beschäftigt und ist in Beratung, Fortbildung und wissenschaftlicher Begleitung zum Thema tätig. In der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus ist sie seit Beginn an als freie Mitarbeiterin tätig esther.lehnert@amadeu-antonio-stiftung.de

Janna Petersen ist Diplom Sozialwirtin und studierte an der Georg-August-Universität Göttingen. Sie ist seit mehreren Jahren in der Gleichstellungsarbeit tätig, u.a. als Referentin in der Jugendbildungsarbeit. In 2013 arbeitete sie für die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung, schwerpunktmäßig zum Thema dieser Broschüre.

Dr. Heike Radvan ist Erziehungswissenschaftlerin und promovierte im Jahr 2009 zum Thema »Pädagogisches Handeln und Antisemitismus« an der Freien Universität Berlin. Seit 2002 arbeitet sie in der Amadeu Antonio Stiftung, u.a. zu den Themen »Antisemitismus in der DDR« und »Gender und Rechtsextremismus«. Von 2007 bis 2010 war sie im Projekt Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust tätig, aus dem die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus entstanden ist. heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de

MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Seit ihrer Gründung ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür hat sie überall in Deutschland bereits über 700 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger und Aussteigerinnen aus der Naziszene unterstützt. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine Förderung hinaus dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sich zu vernetzen.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa wurde 1990 von rechts-extremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute 183 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin, Germany
Telefon 030. 240 886 10
Fax 030. 240 886 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de



Bankverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 60 967, Konto-Nr. 6005000000
BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
Bitte geben Sie bei der Überweisung auch eine Adresse an,
damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Weitere Informationen über
die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung
erhalten Sie unter
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Das Thema sexueller Kindesmissbrauch steht seit dem Missbrauchsskandal an renommierten Bildungseinrichtungen im Jahr 2010 immer häufiger im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Neben dieser notwendigen Debatte wird das Thema leider immer wieder von Rechtsextremen aufgegriffen und instrumentalisiert. Sie nutzen das Thema, um unter dem Deckmantel des Kinderschutzes ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Es ist nicht immer leicht, die Strategien der Neonazis zu erkennen und angemessene Antworten zu geben. Ziel dieser Broschüre ist es, zivilgesellschaftliche Initiativen, Betroffenengruppen und interessierte Einzelpersonen zu unterstützen und ihnen folgende Fragen zu beantworten:

- Woran erkenne ich, wer sich zum Thema Kindesmissbrauch äußert? Wie gehen Nazis in ihren Kampagnen – online und im öffentlichen Raum – vor?
- Geht es Nazis wirklich um Kinderschutz? Welche Ideologie steckt hinter ihren Aktionen?
- Wie distanzieren sich von rechtsextremen Kampagnen? Wie kann ein Verein präventiv gegen eine Instrumentalisierung durch Nazis aktiv werden?
- Gibt es Beispiele erfolgreicher Gegenaktionen? Was lässt sich hieraus lernen?

Gefördert von:

